

SFB + ORB = Rio?

Staatsvertrag mit Ecken und Kanten

– Mitbestimmung arg begrenzt

Schlußspurt bei der Abstimmung über den Staatsvertrag für eine gemeinsame ARD-Anstalt Berlin-Brandenburg: Nach einer Anhörung von Experten durch die beiden Landtage soll das Fusionspapier von ORB und SFB durch die Kabinette – und bis zum Sommer – so gut wie beschlossen sein.

Seit dem letzten Spitzengespräch der Chefs von Senats- und Staatskanzlei mit den Intendanten von ORB und SFB sowie dem Medienbeauftragten Berlin-Brandenburg liegt ein erster Entwurf des Staatsvertrages für eine gemeinsame Rundfunkanstalt in der Region vor. Obwohl wichtige Punkte wie der Sitz des Intendanten, der Gerichtsstand des Senders und der Name offen gelassen wurden, sind wesentliche Eckpunkte erkennbar. Dazu gehören ein Doppelsitz der Anstalt in Potsdam und Berlin, mindestens zwei Regionalstudios in Frankfurt/Oder und Cottbus und das sogenannte ORB-Modell für die Gremien.

Das heißt: Statt wie beim SFB eine Balance zwischen Gremien (Verwaltungsrat als Teil des Rundfunkrates) und der Intendantanz gibt es ein Machtdreieck aus Rundfunkrat, Verwaltungsrat und Intendanten. Der Senderchef muss zwar mit Zweidrittel-Mehrheit gewählt werden, ist aber dann mit besonderer Machtfülle ausgestattet, weil er beliebig viele Direktoren für verschiedene Bereiche (Fernsehen, Rundfunk, Verwaltung, Technik etc.) ernennen und absetzen kann – ohne Abstimmung in den Gremien! Der Rundfunkrat selbst soll nur aus 25 Mitgliedern bestehen – Verlegerver-

bände und Journalistengewerkschaften sind draußen, Umweltvereine und MigrantInnenvertreter drin. Dagegen regt sich Widerstand, selbst in den Regierungskoalitionen. Die jeweiligen Juniorpartner – PDS in Berlin und CDU in Brandenburg – fordern Nachbesserungen, wollen aber daran nicht die jeweilige Regierungskoalition scheitern lassen. Sie setzen genauso wie die Opposition auf die geplante gemeinsame Experten-Anhörung beider Landtage als letzte Chance für Veränderungen.

Auch die Personalvertretungen von SFB und ORB melden sich energisch mit Kritik zu Wort. So soll laut Staatsvertragsentwurf in der gemeinsamen Anstalt das Bundespersonalvertretungsgesetz gelten. Das bedeutet aber: Keine Mitbestimmung für die Personalräte bei Kündigungen. „Die Beschäftigten von SFB und ORB werden wichtiger Schutzrechte beraubt – und das angesichts der Risiken des Fusionsprozesses“, monieren die beiden Personalräte gemeinsam mit ver.di und dem Journalistenverband.

**Expertenanhörung:
Letzte Chance für
Veränderungen**

**Auf wichtige
Schutzrechte
wird verzichtet**



Protestaktion vor dem SFB in Berlin

Foto: transit

Damit der Spaßfaktor im Fusionsprozess nicht zu kurz kommt, haben die Berliner Grünen – neben zahlreichen Kritikpunkten – auch einen Namensvorschlag unterbreitet: Die gemeinsame Anstalt aus ORB und SFB solle doch, meint Alice Ströver, Rundfunk im Osten (Rio) heißen – in Anlehnung an den früheren Rundfunk im amerikanischen Sektor (Rias). Doch der endgültige Name der neuen Rundfunkanstalt soll wohl in einem öffentlichen Ideenwettbewerb gefunden werden.

maru

AUS DEM INHALT

- SEITE 2**
Mit ver.di in die Betriebsräte
- SEITE 4**
Verluste bei Morgenpost/Welt-Fusion
- SEITE 5**
Sozialplan für Pixelpark
- SEITE 8/9**
Tarifgemeinschaft Ost
- SEITE 16**
Private Altersvorsorge für Freie

Die Wahl neuer Betriebsräte steht ins Haus. Das gilt auch für die Betriebe, die dem Fachbereich Medien, Kunst und Industrie in ver.di angehören. Es war bisher guter Brauch, dass die IG Medien einen zentralen Wahltermin für die Betriebsratswahlen vorgegeben hatte. So ist es auch im Fachbereich für die Betriebsratswahl 2002 – am 14. März sollte gewählt werden. Wie in der Vergangenheit wird auch dieses Mal in einigen Firmen aus technisch-organisatorischen Gründen der Wahltermin etwas später liegen. Das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) gibt Zeit bis Ende Mai.

Die diesjährigen Betriebsratswahlen haben zwei wesentliche Neuerungen. Zum einen rufen nicht mehr die Gewerkschaften ÖTV, die Gewerkschaft HBV, die Deutsche Angestellten Gewerkschaft (DAG), die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) und die Industriegewerkschaft Medien zu den Betriebsratswahlen auf, sondern die Gewerkschaft ver.di. Damit wurde einerseits eine Jahrzehnte alte Konkurrenz, die sich auch in den Betriebsratswahlen in einigen Betrieben und Firmen widerspiegelte, zwischen den nun in ver.di vertretenen Organisationen aus dem DGB und der DAG beendet. Andererseits gilt es jetzt, das Vertrauen der Beschäftigten für die ehemaligen Betriebsräte der in ver.di fusionierten Gewerkschaften zu gewinnen, die sich wieder als Kandidaten aufstellen – unter dem neuen Logo ver.di.

Des Weiteren finden die Betriebsratswahlen mit einem ansatzweise reformierten BetrVG statt. Wenn auch die Forderungen der Gewerkschaften zur Novellierung des BetrVG nicht in Gänze erfüllt worden sind, so gibt es doch positive Veränderungen wie die Wahlberechtigung

in den letzten Jahren die Zahl der kleinen und mittleren Unternehmen, vor allem in der Multi-Media-Branche, ständig gewachsen. Nur in den wenigsten existieren Betriebsräte. Nach der neuen gesetzlichen Regelung können Betriebe mit bis zu 50 Mitarbeitern in einem verkürzten Verfahren

Schwierigkeiten geraten und die Beschäftigten keine eigene betriebliche Interessenvertretung haben. Gerade in solchen Situationen – und dies wird in den letzten Jahren immer deutlicher – neigen Geschäftsführer sehr oft dazu, in ihren Unternehmen Tabula Rasa zu machen. Zur Unterstützung in diesem Bereich – vor allem in Multi-Media-Firmen – gibt es das ver.di-Projekt connexx-av. Hier kann Hilfe bei der Vorbereitung und Durchführung von Betriebsratswahlen angefordert werden.

Eine weitere wesentliche Neuerung geht bei den nächsten Betriebsratswahlen in den Testlauf, die Mindestquote für das Minderheitengeschlecht. Vor allem Frauen soll der Zugang zu Betriebsratsmandaten erleichtert werden. Gewerkschaftspolitisches Ziel ist es, die Repräsentanz und angemessene Beteiligung von Frauen in den Betriebsräten zu erhöhen. Dafür müssen Kolleginnen gewonnen, nominiert und gewählt werden. Bisher war nur ein Viertel der Betriebsratsmitglieder weiblich. Somit ist die Betriebsratswahl 2002 auch eine Möglichkeit, die Chancengleichheit in den Betrieben durch die Wahl von mehr Kolleginnen in die Betriebsräte weiter voran zu bringen.

Mit Unterstützung und Engagement aller Gewerkschafter kann also die Betriebsratswahl 2002 für ver.di und damit letztlich für die Beschäftigten und ihre Interessenvertretung ein voller Erfolg werden.

www.besser-mit-betriebsrat.dgb.de

AUF EIN WORT

MIT VER.DI IN DIE NEUEN BETRIEBSRÄTE



Foto: transilv.polentz

ANDREAS KÖHN, FACHBEREICHSLEITER MEDIEN,
KUNST, INDUSTRIE BERLIN-BRANDENBURG IN VER.DI

der Leiharbeiter, Freistellung der Betriebsräte sowie im Bereich der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte. Eine der wesentlichen positiven Neuerungen, die mit der Gesetzesnovellierung erreicht wurden, ist die Einführung des vereinfachten Wahlverfahrens von Betriebsräten und Jugend- und Auszubildendenvertretungen (§ 14 a) in kleineren Unternehmen. Diese Regelung wird im Fachbereich Medien, Kunst und Industrie eine große Rolle spielen. Schließlich ist

zwischen einer Woche und vier Wochen – abhängig davon, ob schon ein Betriebsrat existiert oder erstmalig gewählt wird – die Betriebsratswahlen durchführen. Es gilt jetzt, diese Chance zu nutzen, um die Zahl der Betriebsräte in kleinen und mittleren Unternehmen zu erhöhen. Bisher werden hier nur ca. 15 Prozent der Beschäftigten durch Betriebsräte vertreten. Wie nachteilig dies für die Beschäftigten ist, zeigt sich vor allem dann, wenn die Unternehmen in wirtschaftliche

EINE STREITBARE ORGANISATION

Der Vorstand des Fachbereiches Medien Kunst Industrie Berlin-Brandenburg möchte auf diesem Wege allen Kolleginnen und Kollegen, die sich in der Diskussion und in den Aktivitäten anlässlich der Gehaltserhöhungen der Wahl-angestellten engagiert haben, seinen besonderen Dank aussprechen.

Die ungezählten Briefe, die geschrieben wurden, all die gesammelten Unterschriften, die Bemühungen in den Betrieben und in den verschiedenen Arbeitsbereichen, unsere Mitglieder trotz allem in der Gewerkschaft zu halten, und nicht zuletzt die intensive, differenzierte Diskussion am 1. Februar mit Frank Bsirske, haben

eines sehr deutlich gemacht: Die Gewerkschaft als eine streitbare Organisation, die die Interessen der arbeitenden und denkenden Menschen zum Ausdruck bringt und für ihre Durchsetzung kämpft, ist in allen Bereichen, nach wie vor, dank vieler aufrecht gehender Kolleginnen und Kollegen, sehr lebendig.

Wir sollten nicht locker lassen, auch weiterhin solche ermutigenden Erfahrungen miteinander zu machen. Gewerkschaft hat viele Gesichter – wir geben ihr Profil!

**Geschäftsführender Vorstand
FB 8 Berlin-Brandenburg**

PS: Einige Wahlangestellte verschiedener Ebenen haben auf ihre Gehaltserhöhung verzichtet

Ausstellung zu Neofaschismus

In der Berliner Medien Galerie (Dudenstraße 10) ist bis zum 27. März eine Ausstellung mit dem Titel: „Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland“ der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten und der IG Metall zu sehen.

Gewerkschaften in Deutschland haben in der Auseinandersetzung mit dem Faschismus eine lange Geschichte. Sie sind auch heute gefordert, allen Formen des Neofaschismus Widerstand entgegenzusetzen. Es gilt, wirksame Gegenstrategien zu entwickeln. ver.di, Fachbereich Medien Kunst Industrie, Berlin-Brandenburg will mit dieser Ausstellung und ihren Veranstaltungen dazu einen Beitrag leisten. Die Ausstellung legt ihren

Schwerpunkt auf die Darstellung der Ideologie des Neofaschismus, ausgehend von der zentralen Idee der „Volksgemeinschaft“. Dazu werden Organisation, Hintergründe und Gegenstrategien beleuchtet. Die Dokumente ergeben einen erschreckenden Einblick in den Neofaschismus in seiner ganzen Breite. Es werden nicht nur die gewaltbereiten Gruppen dargestellt, sondern auch Wahlparteien, die rechte Musik- und Internetszene, internationale Kontakte, historische Zusammenhänge, die Grauzone mit ihren Übergängen zu scheinbar honorigen Organisationen.

Die Ausstellungsmacher zeigen: Es ist nicht nur notwendig, es ist auch möglich, Widerstand zu leisten. Die Ausstellung legt ihren

(Siehe Seite 15)

Die Wut war noch nicht verrauch

Ver.di-Chef Frank Bsirske stellte sich den Fragen und der Kritik der Mitglieder

Spannung knisterte im alten Sitzungssaal im Haus der Buchdrucker, als ver.di-Vorsitzender Franz Bsirske sich am 1. Februar dem großen – verbalen – Schlagabtausch mit mehr als 120 Gewerkschaftern stellte. Er selbst, so sagte er, habe die Initiative zum Gespräch mit den Kollegen vom Fachbereich 8, Berlin-Brandenburg ergriffen, um zur Klärung der umstrittenen Fragen beizutragen.

Natürlich ging es vor allem um die kräftigen Gehaltszulagen für die ver.di-Spitze und die kostspieligen Immobilienpläne für die Berliner ver.di-Zentrale. Beide Vorgänge waren an der Basis auf helle Empörung gestoßen und hatten den Fachbereichsvorstand Berlin-Brandenburg, wie weitere Gewerkschaftsgremien anderer Länder auch, zu einem Offenen Brief an den Gewerkschaftsrat veranlasst (Sprachrohr 5/01). Darin wurde eine Rücknahme des Gehaltsbeschlusses gefordert.

Die Wut über diesen Beschluss ist längst nicht verrauch. Schauspieler, Schriftsteller, Drucker, Journalisten und Telekomkolleginnen machten das in ihren Wortbeiträgen deutlich. Seit Jahren müssten die Kolleginnen und Kollegen Lohnverzicht üben und Sozialabbau hinnehmen – und dann so ein Beschluss, wettete ein Kollege. Es sei zudem anmaßend, wenn der Vorstand sich hinter dem Beschluss des Gewerkschaftsrates verstecke. Nach der Anmietung von Räumlichkeiten am

Potsdamer Platz zur schlappen Tagesmiete von 46.000 Mark sei jetzt als „nächste Nummer“ der ver.di-Neubau zum stolzen Preis von 74 Mio. Euro geplant.

Der Zeitpunkt des Gewerkschaftsratsbeschlusses sei ärgerlich, monierte Sabine Heins vom Landesbezirksvorstand ver.di. Schließlich gebe es derzeit nicht einmal einheitliche Betriebsvereinbarungen zum Entgelt für die ver.di-Angestellten und politischen Sekretäre. Als blanken Hohn empfand sie das Augenhöhe-Ar-



Foto: transit/v.Polentz

gument. „Als Betriebsrätin der Telekom sitze ich auch mit Dr. Ron Sommer an einem Tisch und muss mit ihm in gleicher Augenhöhe verhandeln“. In die gleiche Kerbe schlug Antje Grabenhorst, derzeit ABM-Kraft und lange in der Erwerbslosengruppe der IG Medien engagiert. Im Raum saßen etliche Erwerbslose, die bei Kampagne „Arbeitslosenticket jetzt“ mitgemacht haben. Die hätten mit den Vorständen der BVG, mit Politikern verhandelt, erhalten im Schnitt 1200 Mark im Monat „und haben dabei auch irgendwie die Augenhöhe hingekriegt.“

Die Kehrseite des Gewerkschaftsratsbeschlusses ist die Mittelkürzung an der Basis. Da kommt der Antrag einer Arbeitsloseninitiative zur Finanzbeihilfe für ein Berliner TV-Magazin gar nicht erst zur Abstimmung. In

Anbetracht der Bedeutung der Basisaktivitäten sei dies eine „Verhöhnung“ der ehrenamtlichen Gewerkschaftsarbeit.

Frank Bsirske – „ich bin nicht von der Fraktion Lug und Trug“, bemühte sich, dem Eindruck entgegenzutreten, der Vorstand habe sich die Gehälter selbst genehmigt. „Eine Forderung von bestimmten Gehältern oder Gehaltsgrößenordnungen hat es nicht gegeben“, sagte er. Die Entscheidung sei im Gewerkschaftsrat gefallen, und zwar „nach mehrstündiger Diskus-

sion, nach mehrwöchigem Vorlauf.“

Bsirske verteidigte den provisorischen Umzug der Zentrale zum Potsdamer Platz. Gegenüber den Mietenbelastungen der Altorganisationen ginge es lediglich um Mehrkosten von 4,6 Millionen Mark. Bsirske beteuerte, dass der Potsdamer Platz „nach einem dreiviertel Jahr intensiver Recherche auf dem Grundstücks- und Gebäudemarkt“ als einziger geeigneter Standort zum damaligen Zeitpunkt ermittelt worden sei. Auch beim geplanten Neubau habe man sich zwischen Mieten, Leasen oder Kauf für die „rentabelste Variante Kauf“ entschieden.

In der Vergütungsfrage suchte Bsirske zunächst Zündstoff aus der Debatte zu nehmen. Das Argument für die Erhöhung der Wahlgestelltenvergütungen, „auf gleicher Augenhöhe“ verhandeln zu wollen, halte er „für den nackten Schwachsinn“. Er selbst habe sich dieses Arguments nie bedient. Gewerkschaftsfunktionäre zögen ihre Kraft nicht aus einer bestimmten Gehaltshöhe, sondern daraus, „dass es uns gelingt, die Interessen der Kolleginnen und Kollegen zu formulieren und mobilisierungsfähig zu sein“.

Mit einem langatmigen historischen Exkurs versuchte Bsirske am Beispiel der ÖTV zu begründen, warum er die drastische Anhebung der Vorstandsbezüge dennoch für richtig hält. In den letzten 30 Jah-

ren seien nur drei frühere ÖTV-Landesbezirksleiter in den geschäftsführenden Hauptvorstand gewechselt. Der Grund: Ein solcher Wechsel bedeute für die Betroffenen Machtverlust, soziale Entwurzelung und keine wesentliche materielle Verbesserung. Umgekehrt seien im gleichen Zeitraum 57 Mitglieder von Landesbezirksleitungen Arbeitsdirektoren geworden.

„Das Sein bestimmt das Bewusstsein“ – mit diesem Marx-Zitat brachte Dieter Ruckhaberle das allgemeine Unbehagen über die Verknüpfung von Einkommenshöhe und gewerkschaftlicher Kampfbereitschaft auf den Punkt. Ab einer bestimmten Gehaltshöhe tauchten Gewerkschafter in die gefährliche Welt der Steuerspar- und Anlegemodelle ein und verlor dabei nicht selten die Bodenhaftung. Vorgänge wie der Fall eines Franz Steinkühler belegten dies.

Nur mit Mühe hätten viele Kollegen vom Gewerkschafts Austritt abgehalten werden können, berichtete Lutz Ziegler, Rotationsdrucker bei Thormann & Oetsch. Er forderte den ver.di-Vorstand auf, den Gehaltszuwachs für die

Streikkasse zu spenden. Eckart Spoo spitzte die Debatte auf die Frage nach der Glaubwürdigkeit, nach der politischen Moral der Gewerkschaften zu. Es gehe nicht allein um Diskussion, sondern um die Rücknahme des verhängnisvollen, politisch falschen Beschlusses, forderte SFB-Personalratsvorsitzende Hanne Daum und erneuerte damit den Antrag des ver.di-Fachbereichs 8. Zunächst lehnte Bsirske ab: „Fangt nicht an, meine moralische und meine politische Integrität in Frage zu stellen, weil ich nicht bereit bin, gegen einen Gewerkschaftsratsbeschluss zu agieren.“ Am Ende sagte er aber zu, „von dieser Zusammenkunft“ im ver.di-Bundesvorstand zu berichten „in Erkenntnis, dass es diese Position in Teilen der Mitgliedschaft gibt und zwar mit sehr viel Nachdruck gibt“.

Günter Herkel

Seit Jahren Lohnverzicht und dann so ein Beschluss

„Das Sein bestimmt das Bewusstsein“

Filmgeschichte im ver.di-Haus

Eine Ausstellung des Filmverbandes Berlin-Brandenburg am Potsdamer Platz

„Blick zurück nach vorn“ war das Motto einer Filmausstellung anlässlich der Berlinale im Haus des ver.di-Bundesvorstandes am Potsdamer Platz. Zu sehen waren

„Für jeden guten Film braucht man nicht nur Regisseur und Produzentin, sondern viele Kreative und auch andere qualifizierte Fachleute“, sagte Frank Werne-

ke, Bundesvorstandsmitglied von ver.di zur Eröffnung. Voraussetzungen dafür seien eine qualifizierte Ausbildung und gute Arbeitsbedingungen. An dem Er-

folg eines Films beim Publikum und damit an den Kinokassen sollen Werneke zufolge auch die Urheber verschiedenster Provenienz beteiligt sein. Mit dem neuen Urhebervertragsrecht seien verbesserte Voraussetzungen gegeben. „Der Gesetzentwurf ist durch massiven Druck insbesondere der Medienunternehmen stark durchlöchert worden. Das Gesetz bringt nicht in vollem Umfang das, was notwendig wäre und was wir uns gewünscht haben, aber es ist ein wichtiger Schritt nach vorn“, so der Leiter des Fachbereichs Medien und Kultur in ver.di.

Im Rahmen der Ausstellungseröffnung würdigte Andreas Köhn, Fachbereichsleiter Medien Berlin-Brandenburg, die jahrelange engagierte Arbeit zweier Kolleginnen im Verband der Kleindarsteller – heute ebenfalls in ver.di. Der Dank ging an Gerti Renz, Mitbegründerin des Verbandes und an Ilse Stosch. **wen**

Urheber am Erfolg beteiligen

Plakate und Requisiten der Filmgeschichte vor allem aus den dreißiger, fünfziger und sechziger Jahren. Originalkostüme von Marlene Dietrich bezauberten ebenso wie Meister Yoga aus star wars oder der fliegende Glücksdrache Fuchur und die Steinbeißerfamilie aus Michael Endes Unendlicher Geschichte. Die imposante Schau wurde vom Filmverband Berlin-Brandenburg in ver.di unterstützt von der Studio-tour Babelsberg und dem HVB-Projekt gestaltet.



Elisabeth Köhler und Peter Georgi betrachten Stars von gestern.

110 Redakteure weniger

Springer-Verlag will die Fusion Welt/Morgenpost schnell durchziehen

Der von der Geschäftsleitung des Axel Springer Verlags (ASV) Mitte Februar vorgelegte Stellenplan für die Fusion der Redaktionen von „Welt“ und „Berliner Morgenpost“ sieht den Abbau von 110 Redakteursstellen vor. Insgesamt ein Viertel der bisher 1000 Beschäftigten am Standort Berlin soll gehen.

Das „deutschlandweit einmalige Experiment“ sieht eine Gesamtedition mit 355 Stellen für Redakteure, Sekretärinnen und Boten vor, davon 299 in Berlin. Dabei umfasst der bundesweite Ressortpool 148, der redaktionelle Produktionsbereich 58 und die Lokalredaktion 82 Stellen. Dazu kommen noch 56 Stellen in Regionalredaktionen und Redaktionsbüros im Inland und 11 im Ausland. Unklar ist noch der ex-

akte Zuschnitt der Ressorts. Einige Ressorts wie Medien, die in nationalen und regionalen Abozeitungen seit Jahren zum Qualitätsstandard gehören, tauchen im sogenannten Strukturplan gar nicht mehr auf, dafür aber Konglomerate wie „Vermischtes/Show“. Nach

den Vorstellungen der ASV-Führung – vom traditionellen Ullstein Verlag ist kaum noch die Rede – soll der Personalabbau innerhalb von sechs Wochen und „möglichst ohne betriebsbedingte Kündigungen“ erfolgen. In Einzelgesprächen sollen willkürlich herausgesuchte Mitarbeiter zur Aufgabe ihres Arbeitsplatzes bewegt werden.

Beim Struktur- und Stellenplan bemängelt ver.di in einer ersten Stellungnahme, dass „Ideen und

Konzepte der Mitarbeiter, die engagiert vorgebracht wurden ... den Jung-Managern offenbar nichts wert“ seien. „Soll etwa die Welt eine Bild für Blaublütige und die grüne Mopo als billiges Extra in Berlin verteilt werden“, fragt der stellvertretende Landesbezirksleiter von ver.di Berlin-Brandenburg Andreas Köhn. Für die Welt/Morgenpost-Fusion fordert ver.di, die Kreativität aller Mitarbeiter einzubeziehen, statt nur auf das Gespür vermeintlicher Top-Jungmanager mit Spitzengehältern zu setzen, journalistische Qualität und publizistische Vielfalt nicht kurzatmiger Rationalisierung im Redaktions- und Verlagsbereich zu opfern und mit verlegerischem Augenmaß und sozialer Fairness alle Einsparpotentiale vor Personalabbau auszuschöpfen – einschließlich der millionenschweren Vorstandsebene.

Carla Bernhardt

RADIOMITTE AUF SENDUNG

Unter dem Motto: „Mitten im Leben, mitten aus dem Leben“ ging am 6. Februar erstmals in Berlin ein Ausbildungsradiosender auf Sendung. Mit radioMitte wird in der Hauptstadt mit einem „Feldversuch“ ausprobiert, was unter anderem in Bayern und Sachsen seit Jahren tägliche Praxis ist. In einer Kooperation zwischen der seit 1998 in Berlin-Kreuzberg tätigen NPR-Hörfunkschule, dem Fachbereich Medien Berlin-Brandenburg in ver.di und dem Offenen Kanal Berlin ist ein tragfähiges Konzept für die Zugangsvoraussetzungen und die vorläufigen Sendezeiten des Berliner Ausbildungsradios entstanden.

Interessierte können Di-Fr von 11 bis 15 Uhr anrufen. Dieter Sirozynski Tel.: 030 – 68 30 20 90, Fax: 030 – 68 30 20 91, Funk: 0177 – 8 30 20 90. E-Mail: sirpress@t-online.de www.radiomitte.de

Fotos: transit/v.Polentz



Für die letzten noch elf Kolleginnen und Kollegen der Berliner „United Media Solutions GmbH“ (ehemals u.a. „Media Port Berlin GmbH“) ist es seit wenigen Wochen definitiv: Mit ihrer Kündigung zum 30. Juni und der Auflage, das Studio und die Arbeitsräume in der Berliner Brunnenstraße bis Ende März besenrein zu verlassen, findet das stufenweise Sterben eines Dienstleistungspioniers für das Kabelfernsehen ein unrühmliches Ende.

Sogar langjährig Beschäftigte können nicht mehr mit Sicherheit zuordnen, wohin oder wozu sie zum Schluss eigentlich gehören, so oft wurden Strukturen verändert, wechselten Geschäftsführer und Firmennamen. Nach Übernahme durch die große deutsche Werbeagentur Scholz & Friends GmbH im August vergangenen Jahres wurde das letzte Kapitel des Untergangs eingeläutet, denn lukrative Teile der Firma wurden sofort ausgegliedert.

Kein Händchen für die Medienarbeit

Am 10. Januar 2002 erfuhren die noch verbliebenen Kolleginnen und Kollegen vom Verkauf an die „United Media Solutions GmbH“ – ein Unternehmen, das nicht im Handelsregister geführt ist. Die Kündigungen lagen bereits drei Wochen später im Briefkasten. Für Meike Jäger, Projektbeauftragte bei der connexx-av in ver.di ist dieser Fall ein „klassisches Beispiel, wie eine Firma zum

Stufenweises Sterben

Letzter Nagel zum Sarg für einen Pionier des Kabelfernsehens

Spielball widersprüchlicher Unternehmensinteressen gemacht und damit ins Aus geschossen wird.“

Dabei hat das Unternehmen – vormals PK Berlin – als technischer Dienstleister für das Pilotprojekt des Mitte der 80er Jahre im damaligen Westberlin entstehenden Kabelfernsehens eine interessante Vergangenheit. Es ging am 28. August '85 auf Sendung, stand mit 65 Beschäftigten auf soliden Füßen und war auf Arbeitgeberseite sogar einer der Mitbegründer für den ersten Tarifvertrag in diesem neuen Bereich. Das Unternehmen plante und baute drei Jahre später RIAS-TV mit auf, schickte Sendungen „on air“. Nach dem Mauerfall wurde die PK Berlin privatisiert. Die dann „neue“ „Media Port Berlin GmbH“ sollte die Voltastraße mit zu einem attraktiven Berliner Medienstandort formen. Das klang verheißungsvoll, denn die Deutsche Welle TV, die von Media Port sogar einen 11-stöckigen Neubau errichten ließ, und SAT 1 meldeten sich als Kunden an. Bald platzte der Standort aus allen Nähten. Gebäude wurden in der Linien- und Brunnenstraße dazu gemietet und gemeinsam mit anderen Firmen eine unter dem Namen „United Visions Entertainment AG“ agierende Holding gegründet.

Trotz vieler Querelen, vagen Einschätzungen zur Geschäftsentwicklung, mangelnden lang-, mittel- oder kurzfristigen Konzepten gab es Hoffnung für die neue AG. Die wurde zerschlagen. Produktionsbereiche wurden verlagert oder ausgegliedert. Für wirkliche Medienarbeit, schätzen Insider ein, hatte der vor allem an Immobiliengeschäften interessierte damalige Geschäftsführer Hans-Peter Scholz offenkundig kein Händchen.

Auf Ratschlag von Unternehmensberatern, die in der Deutschen Welle TV nach Einsparpotenzialen fahndeten, wurden technische Dienstleistungsaufträge heruntergefahren. Das traf die AG hart. 1998 musste sie ihren Schalterraum verkaufen, dann den Ü-Wagen. Es folgten Ausgründungen, Abspaltungen, Entlassungen – dank eines aktiven Betriebsrates

aber mit Kampf um Interessenausgleich. Mit Kündigungsschutzklagen zog man auch erfolgreich vors Arbeitsgericht.

Aber was half das alles, fragen sich die übrig gebliebenen Kollegen heute. Denn Kundenpflege und Auftragsakquise wurden minimiert. Und als der Dienstleistungsvertrag mit der Deutschen Welle 2000 auslief, machte die Geschäftsführung offensichtlich zu wenige Anstrengungen, diesen zu erneuern. Im Gegenteil, man verlor auch RTL2 als Auftraggeber. Was noch lief – und bis heute läuft – ist der Dienstleistungsauftrag fürs Parlamentsfernsehen aus Bundestag und Bundespressekonferenz und die Produktion der Internet-Seifenoper 90Sechzig90 für T-Online.

Als Retter in der Not schien im

Der Retter in der Not war letztlich keiner



Sommer vergangenen Jahres Scholz & Friends auf den Plan zu treten. Die Werbeagentur ließ bereits eigene Formate in der Firma produzieren, kaufte kurzerhand das Unternehmen und übernahm auch mit einem Federstrich – so der Eindruck von Kleinaktionären – bis dahin nach mehrfachen öffentlichen Bekundungen des damaligen United-Vision-Vorstandsprechers Tewe Pannier „trocken gehaltenes Pulver“ aus dem vorhergehenden Börsengang des Unternehmens. „Wahrscheinlich wollte Scholz & Friends die Produktion der eigenen Formate

preiswerter gestalten“, vermutet ver.di-Fachfrau Meike Jäger. „Da sich wohl sehr schnell gezeigt hat, dass diese Rechnung nicht aufgeht, wurde die Neuerwerbung gleich wieder abgestoßen.“ Die Beschäftigten seien „tierisch sauer und frustriert, haben viele doch über die Jahre hinweg alle Hochs und Tiefs mitgemacht“. Sie fühlten sich in der wieder neuen Konstellation im wahrsten Sinne des Wortes verraten und verkauft. Offenbar, meint der Betriebsrat, „wollte sich das renommierte Werbeunternehmen nicht mit Entlassungen die Finger schmutzig machen und Abfindungen sparen“.

Jetzt gehört das eingedampfte Unternehmen als „United Media Solutions GmbH“ zu „Planet of Solutions“ Frankfurt/ Main, das noch eine Filiale in Hürth bei Köln unterhält. Noch im Herbst vergangenen Jahres, erläutert Unternehmenssprecher Andreas Grüttner, sei man davon ausgegangen, es gelänge, im Berliner Studio mehrere neue Formate zu platzieren, damit den Standort zu erhalten und den Betrieb weiterzuführen. Diese Erwartung habe sich zerschlagen, die Aufträge seien bei anderen Berliner Unternehmen gelandet. Letztlich gehe es nur noch um die Verwertung. Das Studio sei nicht mehr profitabel. Deshalb sei allen Mitarbeitern gekündigt worden. Die Einrichtung werde verkauft, der Standort geschlossen. Für ihn selbst, beteuert Grüttner, sei das auch schade. „Wir sind eigentlich nicht hierher gekommen, um zu schließen.“

Der Betriebsrat schloss – nachdem die Beschäftigten unter Druck gesetzt und mit Insolvenz gedroht wurde – einen Sozialplan ab. Die Chancen aber für die gekündigten Kolleginnen und Kollegen, einen adäquaten neuen Arbeitsplatz zu finden, sind vor allem für die älteren langjährig Beschäftigten sehr reduziert. Andere Arbeitsplätze könne die Unternehmensleitung nach Betriebsschließung angeblich nicht anbieten – obwohl bekannt ist, dass sie selbst in Köln noch eine Personalvermittlungsfirma betreibt. **B. E.**

ver.di PUBLIK gestartet

Eine neue millionenfache Mitgliederzeitung will Diskussionen auslösen

Pünktlich um 16.45 Uhr schaltete Frank Bsirske am 17. Januar die Maschine in der Union Druckerei Frankfurt am Main ein für die erste Ausgabe der Mitgliederzeitung „ver.di PUBLIK“. In einer Auflage von 2,8 Millionen wird die auflagenstärkste Gewerkschaftszeitung der Bundesrepublik zehnmal im Jahr erscheinen. Der Umfang beträgt mindestens 24 Seiten, die bunt – bunter ist wohl kaum vorstellbar – daher kommen. Jede Ausgabe wird ergänzt durch Wechelseiten der Landesbezirke und Beilagen für die Mitglieder in den Fachbereichen. Für die gesamte ver.di-Region Berlin-Brandenburg schaltet der Landesbezirk eine Seite. Die Printmedien der IG Medien Kunst und Kultur sowie Menschen Machen Medien werden in ihrer bisherigen Form mit PUBLIK versandt, Druck und Papier erscheint quasi als viertes Buch in der Zeitung.



„Wir wollen eine Zeitung, die Diskussionen auslöst“, so der ver.di-Chef. Es gelte, komplexe Themen verständlich darzustellen, damit sachliche Diskussionen

möglich seien. Themen, die in Vergessenheit zu geraten drohen, sollen ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zurückgeholt werden. „Im Übrigen soll die Zeitung,

die von den Gremien der Gewerkschaftsarbeit beschlossene Politik unterstützen, die Mitglieder aber nicht bevormunden, sondern den Willensbildungsprozess fördern“, heißt es in einer Pressemitteilung aus dem Haus am Potsdamer Platz.

PUBLIK gehört zu einem gewerkschaftlichen „Netzwerk für Kommunikation“. Ein 14-tägig erscheinender Newsletter, soll in erster Linie Betriebs- und Personalräte informieren. Des Weiteren wird ein Hintergrundmagazin entwickelt, das mit vier Ausgaben im Jahr erscheinen soll. Der Internetauftritt von ver.di – www.ver-di-publik.de – wird weiter ausgebaut.

In wie weit PUBLIK all diese Ziele und Aufgaben erfüllen wird, liegt sicher nicht zuletzt an ihren Lesern, den ver.di-Mitgliedern. An ihnen ist es, die Zeitung mit Ideen, Anregungen, Themen und fruchtbarer Kritik – sei es zu den Inhalten ebenso wie zur Gestaltung – zu unterstützen. Nur so kann es, meine ich, eine interessante Gewerkschaftszeitung werden, die „Diskussionen auslöst“.

Karin Wenk

Zweiter Sozialplan bei Pixelpark in Berlin

Keine kreativen Sanierungslösungen für das krisengeschüttelte Internet-Unternehmen

Mit einem Sozialplanabschluss am 28. Januar musste der Internet-Dienstleister Pixelpark zum zweiten Mal Entlassungen in seiner Berliner Zentrale (unser Foto) abfedern.

Personalabbau ist offensichtlich das Mittel der Wahl, mit dem das Management innerhalb eines „Effizienzprogramms 2001“ ver-

sucht, das ins Schlingern geratene ehemalige Flaggschiff der New Economy wieder auf Kurs zu bringen. Von einem Umsatzrückgang um 38 Prozent im Vergleich zum Vorjahr und operativen Verlusten von 14,2 Millionen Euro sprach Pixelpark-Vorstandschef Paulus Neef zum Ende vergangenen Jahres und davon, dass sich der Markt

für IT-Dienstleistungen „auch mittelfristig nicht erholen“ werde.

Der Bertelsmann-Konzern, mit einem 60,3-Prozent-Anteil Mehrheitsgesellschafter, hatte Pixelpark zu Jahresbeginn 2001 mit einem 25-Millionen-Kredit unter die Arme gegriffen. Zum Jahreswechsel 2002 sollten 15 Mio Mark nachgeschossen werden. Eine Halbierung der Pixelpark-Mitarbeiterzahl weltweit von einst 1200 auf 600 ist angekündigt. Entlassungen in Spanien und Frankreich sowie die Schließung der Londoner Filiale zielen in diese Richtung. Nach 36 Kündigungen im Herbst 2001 sollen in Berlin nun neuerlich 104 Stellen abgebaut werden. Für beide Entlassungswellen gelang es dem hauptstädtischen Betriebsrat, mit Hilfe der Einigungsstelle Sozialpläne durchzusetzen. In beiden Fällen spricht Betriebsratsvorsitzende Katja Karger von „mittelmäßigen“ Abschlüssen. Immerhin sei es Ende Januar ge-

lungen, die bei Bertelsmann üblicherweise genutzte Abfindungsformel aufzubessern. Das sei ein Erfolg, da der Medienriese aus Gütersloh offenbar die Vorgaben gemacht habe und Verhandlungsspielräume „sehr gering“ gewesen seien. Doch konnten Sockelbeträge sowie Zuschüsse für Gekündigte mit Kindern, für Alleinerziehende und Schwerbehinderte durchgesetzt werden. Für 43 der jetzt Entlassenen wurde Widerspruch eingelegt. Auf das Multimedia-Unternehmen dürfte in den nächsten Monaten eine Welle von Kündigungsschutzklagen zukommen. Der Berliner Betriebsrat hatte seit längerem kreative Sanierungslösungen unter Einbeziehung der Belegschaft angemahnt. Sprecher von conexx.av, der ver.di-Service-Einrichtung für Beschäftigte der Neuen Medien, hatten das Management aufgefordert, die „Krise ohne Entlassungen“ zu meistern.

neh



Zeitgeist im Spiegel

„Hans-Otto-Preis“ für Theater 89

Nicht verwunderlich! Im Zuschauerraum der Probebühne an der Lichtenberger Parkaue ist an diesem Nachmittag kein Platz mehr frei. Unter den Gästen der Ehrung des Theaters 89, das in Berlin-Mitte zu Hause ist, sind namhafte Schauspieler wie Ekkehard Schall, die nunmehr 95jährige Ilse Rodenberg, langjährige Intendantin des gastgebenden Hauses, auch Armin-Gerd Kuckhoff, Stiefsohn Hans Ottos. Auf den nach dem großen, auf grausamste Weise von den Nazis ermordeten Schauspieler benannten Preis kann das Ensemble nun stolz sein. Und sich der damit verbundenen Geldsumme erfreuen, die Mitglieder des Freundeskreises „Hans Otto“ im Dresdener Kulturverein „Kleine Freiheit“ spendeten.

Ostberliner Theaterleute gründeten die Spielstätte in der Torstraße am 6. Mai 1989 mit dem Wunsch, „eine freie und selbstbestimmte Alternative zum gewohnten Betrieb der Staats- und Stadttheater zu finden“. Schon bald eroberte sich das Off-Theater unter Leitung von Hans-Joachim Frank einen geachteten Platz unter Darstellern, Autoren, dem Publikum, bald auch dem Senat, der es in die Konzeptförderung aufnahm. Das will verdient sein! Von vierzig Produktionen waren vierzehn Uraufführungen – zum Teil

eigene Stückentwicklungen. Zweihundert Gastvorstellungen führten u.a. nach Hannover, Ofenbach, Luzern in der Schweiz, Torun in Polen, nach Graz in Österreich. Hauptaugenmerk aber gilt dem Zuschauer in Berlin und im Land Brandenburg. Wo die Truppe u.a. in Neugörsdorf regelmäßig zu sehen ist. Im Juni vorigen Jahres fuhr Schauspielerin Angelika Perdelwitz mit Bravour einen Traktor über einen ehemaligen Exerzierplatz.

Bestandteil eines „Super-Show-Spektakels“ – so der Rezensent – mit Titel „It Works“ von Oliver Bukowski, einem der Autoren, dem die hohe Aktualität des Repertoires mit zu verdanken ist. Brechts „Furcht und Elend des Dritten Reiches“, Georg Büchners „Lenz“ und „Woyzeck“ stehen auf dem Spielplan. Ebenso Werke von Christoph Hein. Geradezu tagessaktuell gestaltete sich die Premiere von Ödön Horvaths „Ein Kind unserer Zeit“ mit Ekkehard Schall in der Titelrolle. Just an dem Tag, da sich der Kanzler im Reichstag so vehement für den Einsatz deutscher Truppen im jüngsten USA-Krieg engagierte. Vorrangig junges Publikum bringen die Künstler zum Nachdenken. Oft außerhalb des Stammhauses, wie im SEZ, in der Kulturbrauerei oder der Knorr-Bremse in Marzahn.

Eva Brillke

Konzeptförderung
will verdient sein



Foto: transit/v.Polentz

Intendant Manuel Schöbel: Sofortiges Handeln notwendig!

Stärken – aber wie?

Vage Hoffnungen für carousel-Theater

Was als Protestveranstaltung gegen verfehlte Finanzpolitik geplant war, funktionierte der einladende Personalrat des carousel-Theaters am 23. Januar kurzerhand in einen Informationsnachmittag um. „Das carousel-Theater wird als Landesbühne für das Kinder- und Jugendtheater Berlins erhalten und in seiner Arbeitsfähigkeit gestärkt“, heißt es im rot-roten Koalitionspapier. Der Satz hat die Hoffnung genährt, dass mit dem neuen Senat nicht mehr über das Ob, sondern über ein Wie der Zukunft des Hauses an der Parkaue gesprochen werden kann, so der Personalratschef zur Eröffnung. Intendant Manuel Schöbel (vorn im Bild), Beschäftigte sowie Gäste wie der Ehrenvorsitzende des Förderkreises Klaus Schütz machten neuerlich deutlich, dass die seit 1998 auf dem Niveau von 10,1 Mio. Mark eingefrorene Finanzierung drastische Personaleinsparungen im

Haus an der Parkaue erzwungen hätte, die mittlerweile die künstlerische Substanz angreifen. Dennoch sei ein Defizit von 7,5 Mio. DM akkumuliert, das Theater sei bewusst in die Überschuldung getrieben worden. „Wenn nicht sofort gehandelt wird, kommen für die nächste Spielzeit allein 400 000 Mark Belastungen an Schuldendienst auf uns zu“, warnte Schöbel. Die kulturpolitischen Sprecher der Koalitionsfraktionen, Brigitte Lange (SPD) und Wolfgang Brauer (PDS), versicherten denn auch einen „Mentalitätswechsel“ im Verhältnis des neuen Senats zum carousel, hüteten sich allerdings vor konkreten Zusagen. Über eine schrittweise Erhöhung der Zuschüsse für das unterfinanzierte Haus könne, so Brauer, überhaupt erst im Zusammenhang mit dem Doppelhaushalt und frühestens im Juni gesprochen werden. Weiterer Verzicht in den Theatern und Kultureinrichtungen sei nicht leistbar, „es muss mehr Geld für den Kulturhaushalt her“, verlangte Sabine Schöneburg, kulturpolitische Sprecherin von ver.di Berlin-Brandenburg. carousel-Beschäftigte bekräftigten: Der durch die Kulturverwaltung geforderte Personalabbau von 122 auf 88,25 Stellen sei im vollen Gange. Wenn das Haus in gewohnter Weise arbeitsfähig bleiben solle, müssten schnellstens Entscheidungen fallen. Ihre Forderungen machten sie im Grünen Salon der Volksbühne nochmals klar: Ausreichende Finanzierung des Hauses, Ausgleich des Defizites, Rücknahme des Personalabbaus und den Erhalt der theatereigenen Werkstätten.

neh

ANZEIGE

Gesundheit und Gesundheitspolitik in Brandenburg

Sie recherchieren,
brauchen Informationen,
Zahlen, Daten Hintergründe?

Rufen Sie uns an!

Pressestelle der AOK für das Land Brandenburg
Potsdamer Straße 20, 14513 Teltow
Pressesprecher Jörg Trinogga
Telefon 0 33 28/45 15 13
Telefax 0 33 28/45 15 14

Online erreichen Sie die AOK unter
<http://www.aok.de>
e-mail: joerg.trinogga@brb.aok.de



AOK
Die Gesundheitskasse.

Begonnen hatte die Kampagne Ende November 2001. Damals hatten fünf nord-ostdeutsche Verlagshäuser die Bereitschaft der Gewerkschaften ver.di und DJV abgefragt, über einen Tarifvertrag Ost zu verhandeln, der den „spezifischen Gegebenheiten“ der Region Rechnung trage. Man wollte alle Arbeitnehmer in Redaktion, Druck und Verlag gleichermaßen einbeziehen und auch die gesamte Tarifmaterie verhandeln – mit dem Ziel zu „harmonisieren“. Vorsorglich hatten die Verlage bereits diverse Mitgliedschaften in regionalen Arbeitgeberverbänden bzw. BDZV gekündigt oder einen Austritt angedroht. Keinerlei Personalkostensteigerung in 2002, hieß die verlegerische Devise. 61-prozenti-

zen und Belegschaften beim Gehalt pauschal herunterzustufen, die Drohung mit weiterem Outsourcing...

Den Osten nicht
abkoppeln

Keine Abkoppelung Ost – West und Beschäftigungssicherung sind die zentralen Prämissen, die ver.di für Sondierungsgespräche gesetzt hat – wohl wissend, dass die von Verlegerseite beschworenen regionalen Besonderheiten so spezifisch nicht sind: alle ostdeutschen Tageszeitungen befinden sich im Besitz großer altbundesdeutscher Verlagshäuser. Bei den fünf nord-ostdeutschen Experimentatoren sammelt sich Know-how und Kapital von Springer, Burda, FAZ, Südwestpresse Ulm u.a. Weiter: Anzeigeneinbußen sind ebenfalls kein Ost-Problem, sondern betreffen westdeutsche Verleger gleichermaßen – ganz abgesehen davon, dass sich dieser Markt langsam erholt.

ver.di schrieb den fünf Verlagen zum Jahreswechsel und bot ihnen Haustarifverhandlungen mit dem Ziel an, die geltenden Flächentarifverträge zu übernehmen. Auf Betriebsversammlungen wurden die Belegschaften über die Situation informiert. In den westdeutschen „Mutter“-Verlagshäusern wird ebenfalls über die „Tarifgemeinschaft Ost“ und ihre Risiken informiert. Keine Abspaltung Ost war Ende Januar auch eine der zentralen Tarifforderungen einer ver.di-Auftaktveranstaltung in Lübeck.

Die verlegerische Reaktion auf das Angebot zu Haustarifverhandlungen fiel unterschiedlich aus. Die drei Häuser in Mecklenburg-Vorpommern machten zunächst ihren Austritt aus dem regionalen Verlegerverband Zeitungsverlage Norddeutschlands rückgängig. Das kann als Erfolg gewertet werden. Das Projekt einer Tarifgemeinschaft Ost wird dennoch weiter betrieben. Gemeinsam mit der „Märkischen Allgemeinen Zeitung“ bildet man jetzt eine „Verhandlungsgemeinschaft“. Offensichtlich haben die Verlegerverbände Nord und Berlin-Brandenburg dem BDZV das Verhandlungsmandat für „Ostseezeitung“, „Nordkurier“, „Schweriner Volkszeitung“ und „Märkische Allgemeine“ entzogen. In Potsdam hat man Haustarifver-

ge Erlöseinbußen, eine Halbierung der Anzeigenerlöse und eine Ertragssituation auf dem Stand von 1992 wurden beschworen, um die wirtschaftlichen Zwänge zu beleben.

Allerdings signalisierten die Arbeitgeber auch dies: Keinerlei Interesse an Haustarifverträgen, an Öffnungsklauseln oder zeitlich befristeten Regelungen, die kurzfristige Erleichterungen bedeuten könnten, ohne die Gesamtregelungen der in allen Bereichen 2002 auslaufenden Tarifverträge auszuhebeln. Ein Angriff gegen die bundesweiten Flächentarife war gestartet, der Osten neuerlich als Experimentierfeld für Kürzungen ausgemacht. Was an nord-östlicher Flanke ausgefochten werden soll, war in den einzelnen Häusern bereits mit Sparmaßnahmen festgepflockt und durch Verunsicherungstaktik vorbereitet: Entlassungen und Geschäftsstellenschließungen in der Fläche, persönliche Gespräche, bei denen Beschäftigten der „freiwillige“ Verzicht auf tarifliche Leistungen nahegelegt wird, das laute Nachdenken von Verlegern, die Arbeitszeit generell zu verkür-

REIF ZUM AUSSP

NORD-OSTDEUTSCHE

VERLEGER WOLLEN MIT

TARIFGEMEINSCHAFT

20 PROZENT PERSONAL-

KOSTEN EINSPAREN

Wenn es nach einigen ostdeutschen Verlegern ginge – und wahrscheinlich nicht nur nach ihnen – dann soll es saftig kommen. Einen Namen hat das Ding bereits: Tarifgemeinschaft Ost. Gemeint ist eine Art Gruppentarif für ostdeutsche Tageszeitungsverlage und -druckereien. Er soll das Niveau der noch geltenden Flächentarife beträchtlich unterschreiten. Minus 20 Prozent ist die Formel, über die die Vorreiter in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg mit den Gewerkschaften verhandeln möchten.

handlungen jedoch mit dem Hinweis auf die Mitgliedschaft im BDZV abgelehnt.

Keiner will den
Zug verpassen

Bei der „Märkischen Oderzeitung“, wo der Austritt aus dem Verein der Zeitungsverleger in Berlin und Brandenburg e. V. zum 1. April wirksam wird, sieht man wegen der Nachwirkung des Tarifvertrages keinen akuten Verhandlungsbedarf. Man verfolge derzeit laufende Diskussionen und „Lösungsansätze“. Einer Beteiligung „an der einen oder anderen Richtung“ stehe man zu gegebener Zeit aufgeschlossen gegenüber, heißt es.

Neu in die Diskussion gebracht hat sich die „Lausitzer Rundschau“. In Cottbus gilt ein Haus-

tarifvertrag für Redaktion und Verlag, der u.a. Beschäftigungssicherung festschreibt. In der Druckerei wirkt ein ebenfalls beschäftigungssichernder Haustarif nach. Aus diesen Verträgen wollen die Verleger heraus, etwa um eine weitere Arbeitszeitverkürzung in der Druckerei – allerdings ohne jegliche Beschäftigungsgarantien – durchsetzen zu können. Es wird mit der Ausgliederung und Zusammenlegung bestimmter Bereiche sowie weiterer Rationalisierung gedroht, die mittelfristig im Verein mit Honorareinsparungen für Freie die Personalkosten um mehrere Millionen Euro verringern sollen. Die hier zwischen Geschäftsführung, dem brandenburgischen Landesverband des DJV und ver.di laufenden Sondierungsgespräche haben von Verlegerseite eindeutig das Ziel, den Haustarif des Verlages „auszuhebeln“, schätzt An-



RESSEN?



Fotos: transit/Christian v. Polentz, Montage: bleifrei/Claudia Sikora

dreas Köhn, Landesfachbereichsleiter Medien bei ver.di Berlin-Brandenburg, ein.

Gewerkschaften bundesweit einig

Die Flanke im Osten bleibt bundesweit nicht ohne Auswirkungen. Nach einigem Zögern hat sich auch der DJV Ende Januar eindeutig gegen einen Regionaltarif Ost ausgesprochen. Das stärkt die Arbeitnehmerposition. Matthias von Fintel, Tarifsekretär Medien im ver.di-Bundesvorstand, bekräftigt die nun gemeinsame Absage: „Wir werden keinen Flächentarif Ost neben dem Bundestarif verhandeln.“ Gegenüber dem BDZV sei allerdings die gewerkschaftliche Bereitschaft betont worden, über befristete Sonderregelungen für einzelne Verla-

ge in Ost und West zu sprechen, wenn die Verleger nachweisen, dass sie in ernsthaften, Arbeitsplätze gefährdenden Schwierigkeiten stecken. Voraussetzung dafür sei die Bereitschaft zu Beschäftigungssicherungsvereinbarungen und einer anschließenden Rückkehr zum Flächentarif.

In den kommenden Wochen beraten die ver.di-Tarifkommissionen über konkrete Forderungen bei den bevorstehenden Tarifrunden für Druck, Verlage und Redakteure bundesweit. Die Verhandlungen sollen nach ver.di-Intentionen auch die Bildung eines Versorgungswerkes Medien einschließen. Die Arbeitgeber haben z. B. bereits Verhandlungsbedarf hinsichtlich der Absenkung der Berufsjahresstaffel für Redakteure sowie der Verknüpfung von Redakteurstätigkeit und Online-Ausgaben angekündigt.

Helma Nehrlich

DIE MAUER WIEDER HOCH?

Foto: transit/v. Polentz



Fragen an Karin Fischer, Betriebsratsvorsitzende bei der „Märkischen Allgemeinen Zeitung“ und Mitglied der Bundestarifkommission Druck

Anfang Februar gab es bei Euch eine Betriebsversammlung zu Tarifen. Seid Ihr nun informiert?

Keineswegs. In Abteilungsversammlungen gab es Sparankündigungen, etwa zu Arbeitszeitverkürzungen in der Druckerei auf 31,6 bzw. 34 Stunden. Dem wurde kaum Konkretes hinzugefügt – abgesehen davon, dass in Sekretariat und Texterfassung der Lokalredaktionen Teilzeitarbeit verordnet und kundennahe Bereiche wie Geschäftsstellen in Perleberg und Hennigsdorf geschlossen werden sollen. In Brandenburg soll kürzer gearbeitet werden. Das Einsparziel – bis Jahresende soll es 12 Vollzeit Arbeitsplätze ausmachen – wurde bisher durch keinerlei wirtschaftliche Daten belegt.

Wie wird der Drang zum Tarifvertrag Ost begründet und welche Sonderregelungen sollen hinein?

Die Notwendigkeit einer Tarifgemeinschaft wird mit der „Vergleichbarkeit“ mit Standorten in Mecklenburg-Vorpommern begründet. Wobei die Situation in der dünnbesiedelte Region um

Neubrandenburg mit hoher Arbeitslosigkeit nun wahrlich nicht der in Potsdam ähnelt. Außerdem wird mit „Harmonisierung“ argumentiert. Es stimmt zwar, dass bei uns in Druckerei, Redaktion und Verlag mindestens 15 verschiedene Tarife gelten, aber hinter dem Wunsch nach Vereinheitlichung steht wohl eher der nach Nivellierung auf einem niedrigen Niveau. Warum sonst sollte man die 36 Tage Redakteursurlaub zur Disposition stellen? Über Einzelheiten wollte unsere Geschäftsführung weder „in großer Runde“ noch sonst bisher diskutieren.

Wie ist jetzt die Stimmung?

Die Versammlung war überfüllt. Ich glaube schon, dass die Beschäftigten hellwach sind und genau darauf achten, welche Maßnahmen geplant werden. Es wurde auch aufmerksam registriert, wie der Geschäftsführer auf konkrete Hinweise zu Einspar- oder Rationalisierungsmöglichkeiten reagiert hat: meist oberflächlich-aalglatt. Als Betriebsrat haben wir angekündigt, zu allen Einsparungen Betroffene hinzuzuziehen.

Was meinst Du selbst zur „Tarifgemeinschaft“ und zur gewerkschaftlichen Gegenstrategie?

Ich glaube, dass die ganze „Tarifgemeinschaft“ ohne wirkliche Not geschmiedet wird und das einzige Ziel hat, die Tarife regional runterzufahren – eine andere Art, die Mauer wieder hochzuziehen. Ein niedrigeres Tarifniveau würde auch im Westen Begehrlichkeiten wecken. Das Vorgehen von ver.di geht taktisch in die richtige Richtung. Gemeinsamkeit ist wichtig. Bei den bevorstehenden bundesweiten Tarifrunden ist keine besondere Zurückhaltung angebracht. Ich hoffe, dass ver.di mit den Belegschaften die Kraft hat, das durchzusetzen. **neh**

VERLEGER VERLEGEN SICH AUF AUSTRITTE

Märkische Allgemeine Zeitung: BDZV-Mitglied, Mitgliedschaft im Verband der Druckindustrie zum 31.12.2001 gekündigt

Märkische Oderzeitung: Austritt aus dem Verband der Druckindustrie Ende 2001; Mitgliedschaft im Verein der Zeitungsverleger Berlin und Brandenburg endet zum 31.03.2002

Lausitzer Rundschau: aus dem Verband der Druckindustrie zum 31.12.2001 ausgetreten; Haustarif in Redaktion und Verlag läuft bis 30.04.2003, Haustarif Druckerei wurde zum 31.12.2001 gekündigt

Lebenslang keine Kompromisse

Christoph Hein: Stefan Heym musste das 20. Jahrhundert in vielen Staaten erleben und erleiden und wurde so zu seinem deutschen Kronzeugen.

Sein schicksalhaftes und heftig bewegtes Leben verbitterte ihn nicht, sondern weckte den Kämpfer in ihm. Er machte lebenslang keine Kompromisse bei dem, was ihm wichtig und unauflösbar war, aber er verlor darüber nie seinen Humor.

Bis ins hohe Alter, bis zu seinem Tod war er so glücklich, arbeiten zu können und produktiv zu sein. Seine Romane und Erzählungen bleiben uns und werden

bleiben. Er ließ sich niemals den Schneid abkaufen. Nicht durch Zwang und nicht durch Schmeichelei ließ er sich von dem abbringen, was er als Recht erkannt und als gerecht anerkannt hatte. Er war stets bereit sich einzumischen, unbeeindruckt von dem Gekläff gelegentlich sehr hoher Kläffer. Zum Ende machte ihm das Gehen gelegentlich Schwierigkeiten und er lief gekrümmt, doch ich habe nie einen Mann mit einem aufrechteren Gang erlebt.

Stefan Heym, Mitglied unseres Verbandes seit 1990, ist am 15. Dezember 2001 im Alter von 88 Jahren plötzlich gestorben.

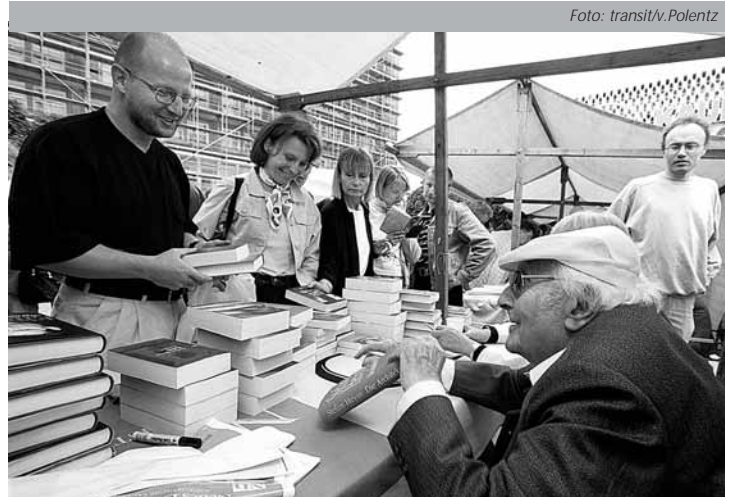


Foto: transit/v. Polentz

Stefan Heym auf dem Solibasar der JournalistInnen am Alex



Mensch und Natur

Der VS-Brandenburg lädt alle Kolleginnen und Kollegen aus Berlin und Brandenburg zur Bildungsveranstaltung mit dem Thema „Mensch und Natur im 21. Jahrhundert“ am 11. April, um 19.00 Uhr, in die Stadt- und Landesbibliothek Potsdam ein. Prof. Dr. Michael Suckow, Träger des alternativen Nobelpreises 1997, wird referieren. Die Gesprächsleitung hat Ingrid Protze.

Stammtisch

Der VS-Stammtisch findet wieder statt, und zwar an jedem 1. Donnerstag im Monat ab 19.00 Uhr im „Terzomondo“, Grolmannstr. 28 (Nähe Savigny-Platz).

AUSSTELLUNGSHONORARE SIND JETZT GESETZ

„Das Ausstellen von Kunst muss künftig honoriert werden.“ Gesetzliche Grundlage dafür ist das neue Urhebervertragsrecht, das der Bundestag am 25. Januar 2002 beschlossen hat. Nach langem Kampf mit vielen Initiativen und Aktionen sei damit ein erster Schritt zur Gleichbehandlung der bildenden Künstlerinnen und Künstler mit anderen Kulturschaffenden erreicht worden, heißt es in einer Pressemitteilung von ver.di. Wenn das Gesetz im Sommer – frühestens ab dem 1. Juli – in Kraft tritt, „wird es allen Künstlerinnen und Künstlern ermöglichen, Ausstellungshonorare zu verlangen“, so

Lorenz Mueller-Morenius, Bundesvorsitzender der Fachgruppe Bildende Kunst. Nun sei es an der Zeit, in die konkreten Verhandlungen um die Höhe dieser Ho-



norare zu gehen. Die Fachgruppe Bildende Kunst in ver.di habe dazu eine „Tarifkommission“ gewählt, die mit den Verwertern Tarifsätze aufstellen und Vereinbarungen abschließen soll. Diese Regelungen sollen nicht nur unver-

bindliche Richtlinien, sondern Grundlage jeder Ausstellungsplanung sein. Alle Künstlerinnen und Künstler seien jetzt aufgerufen, bei ihren Ausstellungen auf das neue Gesetz hinzuweisen und Honorare einzufordern. „Dieser erste Erfolg wird uns nicht hindern, weitere Veränderungen des Urheberrechtes wie die Neufassung des Ausstellungsparagraphen, zu fordern. Die Ausstellungsvergütung muss als eigener unverzichtbarer Rechtsanspruch im Urheberrecht verankert werden“, so Mueller-Morenius.

Weitere Infos:
ver.di Fachgruppe Bildende Kunst
10785 Berlin,
Potsdamer Platz 10,
Tel: 030/69 56 23 33,
Fax: 030/69 56 36 56,
Dirk von Kugelgen oder
Anke Jonas, Fachbereich 8
Berlin-Brandenburg
Tel: 030/78 80 09 25

ANZEIGE

Journalisten, Autoren, Künstler!



Von der Gründung zur erfolgreichen selbständigen Existenz.
Wir beraten, begleiten und betreuen Sie:

- auf dem Weg in die Selbständigkeit, z. B. **Gründung** aus Arbeitslosigkeit/ABM (Antrag Überbrückungsgeld), **Gemeinschaftsgründungen**;
- bei der **Fördermittelbeantragung**, incl. fachlicher Stellungnahme;
- bei der **Überprüfung** Ihres Konzepts und der betriebswirtschaftl. Rahmenbedingungen;
- bei der **KSK-Antragstellung** und sozialen Absicherung;
- bei der Antragstellung für das **Presseversorgungswerk**

BERND HUBATSCHEK

MEDIEN
KUNST
KULTUR
CONSULT

Gotlandstraße 7 · 10439 Berlin
Tel.: 030 / 44 65 08 10
Fax: 030 / 44 65 08 11
e-mail: MKKConsult@aol.com
Internet: www.MKK-Consult.de





Fotos: privat

Christian, geboren am 18. Mai 1943, war Mitglied im Landesfachbereichsvorstand Medien. Er starb am 18. Dezember 2001.

Christian Wiesner-Stippel hat uns verlassen

Er hat nicht Abschied von uns genommen. Nun müssen wir Abschied nehmen von ihm.

Christian Wiesner kam 1960 hierher, nach Berlin. Hier wurde er zum Arbeiter, zum Intellektuellen und zum Sozialisten. Er hat Werkzeugmacher und Schriftsetzer gelernt. Werkzeugmacher, Schriftsetzer: die großen, stolzen Handwerke nicht nur des alten Kapitalismus, sondern auch der alten Arbeiterbewegung.

In seinen jungen Jahren und auch später noch hat Christian viel mit sich experimentiert. Er hat die Fachhochschulreife erworben, vier Jahre lang für die Carl-Duisberg-Gesellschaft mit afrikanischen Studierenden gearbeitet, eine Theatergruppe geleitet, eine Blues-Zeitschrift redigiert und korrigiert. Diese Vielfalt seiner Begabungen und Erfahrungen hat er in seine gewerkschaftliche und sozialistische Praxis eingebracht. Er war ein Arbeiterintellektueller. Aktualität und die Tradition der Arbeiterbewegung: das war seine Welt.

Weil das so ist, soll dieser Friedhof hier, auf dem seine Asche liegen wird, nicht der letzte Platz sein, an dem seiner gedacht wird. Wir wollen uns nachher wiedersehen, im Haus der Buchdrucker in der Dudenstraße, und weiter über ihn sprechen – an einem Ort nicht des toten Christian, sondern des lebendigen.

Christian Wiesner hat hier in Berlin seine Wahrheit gefunden.

Sie hatte einen Namen: Arbeiterpolitik. So heißt die Gruppe, in der er seine politische Identität hatte. Diese Wahrheit des Christian Wiesner war damals, in den siebziger Jahren, zugleich Wirklichkeit und Alltag. Sie hatte einen konkreten Ort: Betrieb und Gewerkschaft. Christian Wiesner ist lange Jahre Betriebsrat gewesen, bei Mercator, dann beim „Tagespiegel“. Und hier muß zum zweiten Mal sein Wort gebraucht werden: Stolz. Christian war stolz und glücklich, ein Betriebsrat zu sein. Hier arbeitete er daran, daß im Alltag seiner Kolleginnen und Kollegen etwas von seiner Wahrheit Wirklichkeit wurde.

Politik, Beruf und privates Leben waren damals eine Einheit. Hannelore Stippel und Christian Wiesner haben sich Anfang der achtziger Jahre in der gewerkschaftlichen und politischen Arbeit kennengelernt. Wer beide zu Hause besuchte, spürte: Da gab es auch im Privaten einen Stolz und eine Kultur der Arbeit. Mann und Frau gingen morgens los: Hannelore ins Druckhaus Norden, Christian zum Mercator, am Abend tauschte man sich aus. Da war der Sohn Max, und man konnte sich vorstellen, wie auch er in diese Welt seiner Eltern hineinwachsen werde.

Aber Christian Wiesner-Stippel ist früh tödlich getroffen worden.

Das geschah in dem Moment, als er feststellen musste, dass die Wirklichkeit und der Alltag sich immer mehr und immer schneller von seiner Wahrheit entfernten. Auch diese Wirklichkeit hat einen Namen, aber einen häßlichen: Neoliberalismus, das Wolfsgesetz.

Der Schlag traf Christian Wiesner zuerst dort, wo er lange Zeit unangefochten gewesen ist: im Betrieb. Er wusste nicht mehr, ob die Kolleginnen und Kollegen, die ihn ja nach wie vor wählten, noch dasselbe wollten wie er. Hier begann seine Verunsicherung, dann auch seine Isolation.

Als er den Betrieb verließ, hoffte er, dass seine Wahrheit noch in seiner Gewerkschaft Platz haben werde. Er wollte nicht hinnehmen, dass auch seine Gewerkschaft – und zwar deshalb, weil sie Gewerkschaft ist – ihre eigene Wahrheit in einer veränderten Wirklichkeit suchen musste. Hiergegen hat Christian gekämpft und ist immer bitterer geworden.

Der Alltag dieser Gesellschaft, in dem die da unten sich wehren müssen, hat sich zuletzt so gegen Christian gestellt, dass er in ihm nicht mehr leben konnte. Er ging im Zorn.

Christian Wiesner hat uns in den letzten Jahren häufig Botschaften geschickt. Und jetzt kommen wir ins Spiel. Wir erhielten Mails, Texte, Bilder, Reproduktionen. Christian wollte wissen, ob wir noch da sind, und er war unglücklich, wenn keine Antwort kam.

Ja, wir waren noch da, Christian. Deine Wahrheit war auch unsere Wahrheit. Aber wir haben es Dir nicht mehr genügend zeigen können. Vor allem wohl deshalb, weil wir alle zur Zeit nicht wissen, wie diese Wahrheit – die Wahrheit der Solidarität, der Arbeiterpolitik, des Sozialismus – wieder zu Wirklichkeit und Alltag werden kann. Deshalb war dieser Alltag so feindlich, vor allem für Dich.

Wir nehmen Abschied von Christian, indem wir ihm nachrufen, dass wir bei seiner Sache bleiben. Wir, die wir ihn in diesem Leben nicht festhalten konnten, wollen uns versprechen, dass wir nach unseren armseligen Kräften daran arbeiten wollen, dass seine Wahrheit wieder Wirklichkeit wird.

Damit einer wie er nicht mehr so fortgehen muss.

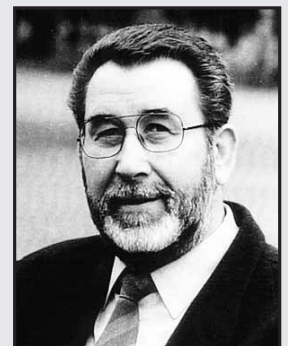
Georg Fülberth

Letzte Worte auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof

TRAUER UM DIETER KLEIN

Unser Kollege Dieter Klein ist am 19. Januar nach schwerer Krankheit im 66. Lebensjahr gestorben. Er war uns ein wichtiger und verlässlicher Weggefährte im Kampf um soziale Gerechtigkeit, ein kluger, geduldiger und ideenreicher Mitstreiter im Ringen um kulturelle Identität und Vielfalt.

Seit 1955 Gewerkschaftsmitglied, hat Dieter Klein in seinem Leben viele Stationen durchgemessen. Der gelernte Medizintechniker und studierte Philosoph war über die gemeinsame Arbeit an Brechts „Maßnahme“ mit Benno Besson bekannt geworden, der ihn später als seinen Stellvertreter an die Berliner „Volksbühne“ am Rosa-Luxemburg-Platz holte. „Es war eine schöne, eine wundersame Zeit, die gemeinsame Arbeit an diesem Theater. Eine Zeit voll Zauber und Phantasie“, erinnerte sich der Schauspieler Manfred Karge auf der Trauerfeier und sprach von „selbstverständlicher Loyalität der Zusammenarbeit“, die „vielen möglich werden ließ,



was Eigensucht und Feindseligkeit verhindert hätten“. Eine Atmosphäre freundlicher Kreativität schuf Dieter Klein auch als Direktor des wiederaufgebauten Schlosses Friedrichsfelde und als Leiter des Büros für architekturgebundene Kunst. 1990 gehörte er zu den Initiatoren des „Antieiszeitkomitees“. In der PDS-Fraktion des Abgeordnetenhauses wurde er zum geachteten Kulturpolitiker. Er kämpfte für den Erhalt und die Förderung von Theatern und Kultureinrichtungen in Ost und West, ob seines Sachverständnisses und seiner Konstruktivität allgemein respektiert. Ein solcher Mann ist schwer zu ersetzen.

Journalismus studieren in Leipzig

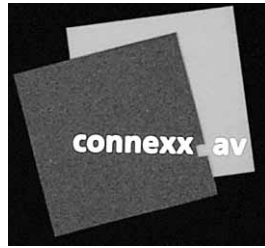
Wer noch zum Wintersemester 2002/2003 an der Leipziger Universität Journalistik studieren möchte, kann sich bis zum 10. März für die Teilnahme am Eignungstest bewerben. Die Prüfungen finden vom 27. bis zum 29. Mai statt. Rund 65 Bewerber erhalten eine Chance.

Der Test zur Feststellung der individuellen Eignung ist ein Pilotprojekt in Deutschland, mit dem der für zulassungsbeschränkte Studiengänge übliche numerus clausus ersetzt wird. Eine weitere Besonderheit in Leipzig ist die praxisnahe Ausbildung. So lehren neben Wissenschaftlern des Instituts etwa zwanzig erfahrene Journalisten aller Mediengattungen. Die Studenten absolvieren zudem während des Hauptstudiums ein Volontariat bei einer Tageszeitung, in einer Hörfunk- oder Fernsehredaktion. Außerdem studieren die angehenden Journalisten ein zweites Hauptfach. Die Palette reicht von Biologie über Sport und Fremdsprachen bis zu Politikwissenschaften.

Informationen zu Anforderungen und Bewerbungsmodalitäten unter:
www.uni-leipzig.de/kmw.

Geburtshelfer in Multimedia-Firmen

ver.di hat ihr Innovationsprojekt connexx.av personell und finanziell ausgeweitet. Die Anzahl der Projektmanager wurde auf acht verdoppelt. Zu den bisherigen Projektstandorten Berlin, Hamburg, München und Köln kommt Leipzig dazu. Das zentrale Projektbüro bleibt in Frankfurt am Main. Zum Projektleiter wurde der bisherige Mit-



arbeiter in Hamburg, Wille Bartz, ernannt. Auch in Berlin gab es eine Veränderung. Olaf Hofmann ist nach Hamburg gegangen. Dafür kam Meike Jäger zu connexx.av nach Berlin in das Haus der Buchdrucker.

Mit der Ausweitung von connexx.av will ver.di das Serviceangebot für die Beschäftigten der New Economy intensivieren und die Beratung ausbauen. „Wir werden schneller auf Veränderungen dieser Bran-

che reagieren können“, sagte Frank Werneke, Leiter des ver.di-Fachbereiches Medien. Durch schnelle Hilfe, branchenspezifische Ansprache und flexible Arbeitsstrukturen sei es bereits gelungen, Vorurteile gegen gewerkschaftliche Aktivitäten abzubauen.

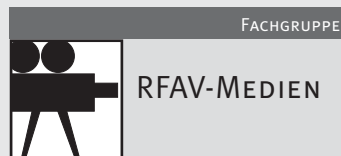
Inzwischen leistete connexx.av Geburtshilfe bei etwa 40 Betriebsräten in Internetagenturen, Onlineredaktionen und anderen Multimedia-Betrieben.

**connexx.av Berlin, Meike Jäger,
Dudenstraße 10, 10965 Berlin,
Tel: 030/788009-44, Fax: - 20**

ZEIT FÜR EINEN NEUANFANG

ver.di ist Realität, mit neuen Strukturen, Gremien und Organisationsformen. Auch für unsere Fachgruppe 6 – Rundfunk, Film, Audiovisuelle Medien – hat es Veränderungen gegeben. Der amtierende Vorstand der Fachgruppe musste sich neu orientieren und hat sich entschlossen, einen Neubeginn in Angriff zu nehmen. Wir möchten für die Mitglieder unserer Fachgruppe Orientierung in der neuen Organisation geben. Deshalb plant

der Vorstand für den 27. April eine Mitgliederversammlung. Wir wollen auf dieser Versamm-



lung über fachliche Fragen und Probleme, über die Ziele der Organisation sowie über die Aufgaben in der Fläche informieren

und beraten. Wir werden einen für unsere Fachgruppe zuständigen Vertreter des Fachbereichs auf Bundesebene sowie einen Vertreter des Landesbezirksfachbereiches einladen. Auf der Mitgliederversammlung wird ein neuer Fachgruppenvorstand gewählt. Engagierte und interessierte Kolleginnen und Kollegen sind gefragt. Merkt Euch bitte den Termin vor, eine konkrete Einladung wird noch folgen.

**Im Namen des
Fachgruppenvorstands
Karl Obermanns**

BUCHTIPP

DIE MEUTE

MÜNCHEN 2001

Schmierfinken wurden sie von Helmut Kohl genannt, Wegelagerer von Helmut Schmidt – jene politischen Journalisten, ohne die Politiker gar keine Öffentlichkeit hätten. Die Fotografin Herlinde Koelbl (bekannt für Langzeit-Politikerporträts) hat 58 Interviews geführt – mit Presse- und Fernsehjournalisten, Fotografen und Kameraleuten aller Couleur. Daran wurden ein Film und das Buch „Die Meute“.

Nach dem Umzug des Bundestages in das hektische Berlin, wo 3300 Berichterstatter akkreditiert sind, ist von beschaulicher Bonner Szene nichts geblieben. „Alles ist sehr viel wilder, bilderreicher und skandalsüchtiger ge-

worden“ (Jürgen Leinemann, Spiegel). Und oberflächlicher, diktiert durch das Tempo; für ein Fernsehstatement hat ein Politiker 15-20 Sekunden, das reicht meist nur für Schlagwörter. Viele Journalisten beklagen, dass immer weniger Platz für Tiefgang und kritische Recherche bleibt. Bildberichter Völkel schildert seine Arbeitsweise: „Chip aus der Kamera raus, rein in den Computer, dann per Handy verschicken, am besten noch während der Pressekonferenz.“

Es wird auch dem Phänomen nachgegangen, wie sich die jeweils herrschende politische Meinung, der berühmt-berüchtigte Zeitgeist, stets flächendeckend durchzusetzen vermag. Antworten verweisen auf die absolute Abhängigkeit von gestreuter Information, die Teilnahme an Hintergrundgesprächen, die Telefonate von Politikern mit Herausge-

bern und Chefredakteuren, auf geschickte Pressesprecher und PR-Agenturen – eine unvollständige Liste. Keiner bestreitet, dass Journalisten durchaus nicht frei sind, sondern der Linie ihres Mediums verpflichtet – die bekannte Schere im Kopf. Wiederholter Ratschlag: Man sollte keiner Partei angehören.

Die Interviews entstanden zur Zeit des Untersuchungsausschusses zur CDU-Schwarzgeldaffäre. Bewertende Worte über Helmut Kohl liegen da nahe und sind eigentlich Bewertung eigener journalistischer Ethik (Georg Gafron, Chefredakteur B.Z.: „Die vielen unvergesslichen Gespräche mit H.K. haben mich sehr geprägt.“). Seriöse Journalisten sehen dagegen eine große Gefahr darin, den Abstand zu Politikern zu verlieren; betrachten persönliche Freundschaften sogar als gefährlich (Bascha Mika, taz).

Noch völlig am Rande, aber nicht zu vernachlässigen ist der Verweis auf die Internet-Zeitung, den Online-Journalismus. Markus Deggerich (Spiegel) sieht ihn als das Medium der Zukunft, das Inhalte zu vertiefen und unverkürzt zu behandeln vermag und vor allem die Möglichkeit der Interaktion bietet.

Viele weitere Berufsprobleme kommen zur Sprache, z.B. das Verhältnis von Journalist – Fotograf, die Voraussetzungen für Enthüllungsjournalismus, die Aufgabe von Pressesprechern wie die von Klatschreportern. Es wird danach gefragt, was jungen Kollegen zu raten sei – in diesem Buch finden sie eine Menge Antworten, Anregungen und Warnungen. Lesenswert!

Annemarie Görne

Herlinde Koelbl, Die Meute – Macht und Ohnmacht der Medien, Knesebeck Verlag München, 2001, ISBN 3-89660-101-6, 19,90 €

FACHGRUPPE 10

Fachgruppenvorstand:

Christa Jurczyk, Volksbühne Berlin, **Klaus Grunow**, Staatsoper Berlin, **Gunter Engelmann**, Komische Oper, **Detlef Runzler**, Deutsche Oper Berlin, **Klaus Rex**, Deutsches Theater Berlin, **Axel Schwarz**, Komische Oper, **Veronika Reiss**, Volksbühne Berlin, **Sylvia Marquardt**, Maxim-Gorki-Theater, **Angelika May-Böttiger**, freie Schauspielerin, **Bernd Langbein**, freiberuflicher Veranstaltungstechniker, **Uwe Buchholz**, carrousel-Theater, **Dieter Kürten**, Schauspieler, Land Brandenburg (persönlicher Vertreter: **Hans-Joachim Schröpfer**, Sänger, Land Brandenburg), **Ute Koser**, Rock GmbH Berlin

Neuer Vorstand hat Biss

Mitgliederversammlung der Fachgruppe 10 gab Ausblick

„Leicht war es nicht, und lang hat es gedauert. Aber nun haben wir einen Vorstand mit Sach- und Fachkompetenz.“ – So der letztlich hoffnungsvolle Stoßseufzer eines Kollegen am Rande der Veranstaltung. Ein arbeitsfähiger Vorstand war das wichtigste Ergebnis dieser Mitgliederversammlung. Zum 20. Januar waren alle Mitglieder der Fachgruppe 10 (Theater und Bühnen, kulturelle Einrichtungen und Veranstaltungswesen, Darstellende Kunst) ins Gewerkschaftshaus Dudenstraße zu einer Matinee geladen, um die Mitglieder des neuen gemeinsamen Vorstandes bekannt zu machen und einen

Ausblick auf die Arbeit zu geben. Etwa 1.500 im kulturellen Bereich tätige Kolleginnen und Kollegen



sind nunmehr in ver.di Berlin-Brandenburg organisiert. Und gerade in einem derart diffizilen Bereich wie dem der Kultur ist ein Vorstand mit Biss gefordert. Das wurde schnell deutlich, denn eine erste Stellungnahme des Fachgruppenvorstandes zum Koalitionspapier SPD-PDS – Punkt 23 –

Kultur war den etwa 100 Anwesenden als Diskussionsgrundlage in die Hand gegeben worden. Und hier zeigte sich, dass in dieser Fachgruppe Kompetenz, Ideenreichtum und der Wille sich einzubringen, weit über den Vorstand hinausgehen.

Der Vorstand wurde im Namen des Geschäftsführenden Landesfachbereichsvorstandes des Fachbereichs 8 von Kollegen Stefan Gretsche in Anwesenheit von Susanne Stumpfenhusen, Constanze Lindemann und Andreas Köhn benannt.

Ansprechpartnerin:
Sabine Schöneburg,
Tel. 030/78 80 09 21

Alle Theater sind zu erhalten!

Stellungnahme zum Koalitionspapier SPD-PDS – Punkt 23 – Kultur

Der bisherige Kulturetatsatz darf nicht gekürzt werden. Der kleinste Haushalt von unter 2% ist wie bisher zu erhalten und einzufrieren.

Das bedeutet, dass die 10 Millionen Euro für das Theater des Westens im Kulturhaushalt bleiben und die 8 Millionen Euro, die anderweitig verplant wurden, ebenfalls. Ohne die insgesamt 18 Millionen Euro ist das kulturelle Niveau der Stadt nicht zu halten und die Lotto-Mittel von jährlich 41% (entspricht pro Jahr ca. 50 Millionen DM), die in Kulturprojekte geflossen sind, müssen dem Fonds „Projektförderung“ erhalten bleiben.

Seit 1996 ist der Kulturetatsatz bereits um real 120 Millionen DM abgesenkt worden, und die pauschalen Minderausgaben ab 2002 betragen jährlich 3 bis 4 Millionen Euro. Seit Jahren ist der Kulturetatsatz strukturell unterfinanziert, und zwar in Höhe von über 50 Millionen Euro jährlich. Klar ist, dass dafür die Kultureinrichtungen selbst und ihre Beschäftigten nicht die Verantwortung tragen. Die Kulturfinanzierung der Stadt liegt mit unter 2% des Haushaltsvolumens sowohl im

Bundesvergleich als auch im Vergleich mit anderen europäischen Metropolen am Ende der Tabelle. Wenn die Kürzungen nicht zurückgenommen werden, dann sind weitere Schließungen von Kultureinrichtungen unumgänglich.



Wichtigste Forderung der Gewerkschaft ist, dass die Tarifvorsorge, d.h. die abgeschlossenen und ausgehandelten Tarifanpassungen für alle Kultureinrichtungen

aus dem Landeshaushalt bezahlt werden, da diese ansonsten – so sie von den Einrichtungen selbst erwirtschaftet werden müssen – als indirekte Absenkung des Kulturhaushaltes wirken (in den Jahren 2000 und 2001 belief sich

dies auf eine Summe von 18,7 Millionen DM für die LHO-26-Betriebe; 2,5 Millionen DM für Stiftungen und 0,2 Millionen DM für die Akademie der Künste). Ein Berliner Tarifmodell für die LHO-26-Betriebe bei Absenkung der tariflichen Leistungen und Veränderung der Beschäftigungssicherungsvereinbarungen ist mit ver.di nicht zu machen.

Beide Koalitionsparteien fordern seit langem eine Kulturgesetzgebung und eine Kulturfinanzierung für Berlin (analog § 34 der Brandenburger Verfassung). Wo bleibt diese für Berlin als Stadt der Kultur und Wissenschaft? Wir fordern ein Kulturkonzept, das die Breite und Viel-

falt aller staatlichen, privaten und freien Kultureinrichtungen gleichberechtigt sichert.

Kunst ist frei, der ausübende Künstler und Kulturschaffende muss vom Erlös seiner Arbeit leben können, und der Bürger dieser Stadt und die Gäste Berlins müssen sich Kultur und Kunst leisten können. Kinder und Jugendliche bedürfen einer besonderen Heranführung an Kunst und Kultur. Aus diesem Grund ist diese spezielle Bildungsaufgabe von Kunst und Kultur auch besonders zu finanzieren.

ver.di fordert ein Bündnis für Kultur mit Investoren aus dem In- und Ausland sowie einer Breitenwirkung sowohl für die Bevölkerung der Stadt als auch ihre Gäste.

Für eine mögliche Länderfusion von Berlin und Brandenburg sind seitens der Berliner Kulturpolitik positive Signale auszusenden und Kooperationen anzustreben.

Wie soll mit einem dauerhaft abgesenkten Kulturetatsatz die kulturelle Substanz und Vielfalt Berlins erhalten und sogar entwickelt werden? Und wie können dabei zugleich nachhaltig zukunftsfähige und hochqualifizierte Arbeitsplätze in der Region geschaffen werden? Auch in dieser bedrohlich zugespitzten Haushaltssituation sollte Kultur als Arbeitsmarktmotor und Wirtschaftsfaktor verstanden werden und nicht – wie man zur Zeit annehmen kann – weiterhin als Kostenlast!

Fachgruppenvorstand 15.1.02

PROTEST GEGEN NEUE DIENSTVERTRÄGE



Foto: transit

Lehrer der „Leo Kestenberg Musikschule“ in Tempelhof-Schöneberg haben gegen die neuen Dienstvertragsmuster des Senats protestiert. Sie fordern Nachbesserung der Verträge und einen Tarifvertrag für Arbeitnehmerähnliche Personen. In einer musikalischen Aktion besuchten sie das Rathaus Schöneberg, um den neuen Volksbildungsstadtrat Hapel (CDU) um Unterstützung ihrer Forderungen gegenüber dem Senat zu bitten. – Die Musikschule hat die Vertragsmuster den Lehrern bis jetzt nicht zur Unterzeichnung vorgelegt, weil noch „Unstimmigkeiten“ zu klären sind.

MEINUNG

BITTERE GEFÜHLE

Was wiegt schwerer: Eine Aufforderung des Senats oder eine vertragliche Verpflichtung gegenüber einem Musikschullehrer? Wohlgermerkt: Vom Senat kommt nicht eine Anordnung, eine Weisung, nein eine „Empfehlung“. Diese besagt nicht, Verträge vorfristig zu kündigen, sondern empfiehlt „zeitnahe“ Umsetzung. Auf der anderen Seite stehen rechtsverbindliche Verträge. Was wiegt da schwerer? An mehreren Ostberliner Musikschulen sind die neuen Dienstverträge mit vorfristiger Kündigungsandrohung zur Unterschrift vorgelegt worden. Ich will keiner falschen Frontstellung das Wort reden. In den allermeisten Fragen sitzen Lehrer und Leiter in einem Boot. Wer weiß, ob und in welcher Form es die Musikschulen heute noch gäbe, wenn nicht die Lehrer öffentlich „Erklärungen für die Musikschulen abgegeben“ hätten – also genau das, was die neuen Verträge untersagen.

Das eigentlich Deprimierende ist nicht so sehr das Verhalten von Leitern, die Verträge nicht respektieren. Sondern das Milieu, in dem Vertragsverletzungen murrend, aber widerstandslos hingenommen werden. Es war ja nicht so, dass die Lehrer damit einverstanden gewesen wären. Aber nur wenige haben sich getraut zu widersprechen. Und die Wenigen hatten so das Gefühl, es bedürfe großen Mutes, um ihren Widerspruch zu äußern. Hier wirkt ein obrigkeitshöriger lähmender Geist nach.

Eigentlich stehen die Chancen der Lehrer sehr gut. Der Maulkorbparagraph im Dienstvertragsmuster ist lächerlich und juristisch äußerst problematisch. (Ich vermute dahinter noch nicht einmal böse Absicht, sondern eine missglückte Formulierung.) Wenn es gelingt, darüber in eine öffentliche Diskussion zu kommen, wird die Senatsverwaltung ihren Fehler stillschweigend korrigieren müssen. Nebenabreden wären da die eleganteste Lösung.

Andreas Eschen

Andreas Eschen

Was ist zu tun, wenn die Verträge vorgelegt werden?

Müssen die neuen Verträge vorgelegt werden? Wohl nicht. Die Ausführungsvorschriften regeln nicht, inwieweit die Vertragsmuster verbindlich sind. Und zweitens könnten neue Verträge auch nur bei Neuverpflichtungen eingesetzt werden. Eine Verpflichtung zur Vertragsumstellung ist bisher von Senatsseite auch nicht behauptet worden. Was aber ist zu tun, wenn es doch zur Vertragsumstellung kommt?

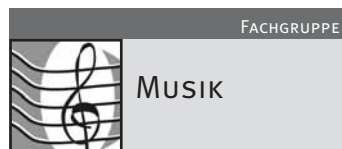
Als erstes ist zu prüfen, in welcher Form die neuen Dienstverträge vorgelegt werden: Ist es ein Vertragsangebot, das man auch ablehnen kann, wenn man zu den alten Vertragsbedingungen unterrichten möchte? Oder ist es eine Änderungskündigung: also eine Vertragsänderung mit der Androhung, ansonsten den alten Vertrag ganz zu kündigen.

Für Änderungskündigungen gelten die ganz normalen Kündigungsfristen des bestehenden Dienstvertrages. Andere Kündigungstermine sind nicht rechtmäßig. Man darf natürlich jederzeit neue Vertragsbedingungen annehmen, man kann dazu jedoch nicht gezwungen werden!

Als zweites sollte man Kontakt

zu anderen Lehrern der Musikschule aufnehmen. Nichts ist demoralisierender als eine Situation, mit der alle nicht einverstanden sind, in der aber jeder denkt, er ist mit seiner Kritik alleine. Eine Gruppe von fünf Lehrern reicht aus, um Erfolg versprechende Verhandlungen zu führen.

Wenn erwünscht, kann die



Fachgruppe Musik als Gewerkschaft auch dabei helfen, Lehrerversammlungen für eine Musikschule zu organisieren.

Je später die Vertragsunterzeichnung erfolgt, desto mehr Zeit bleibt für Verhandlungen und Verbesserungen. Wer gegenüber der Musikschulleitung Missverständnisse ausschließen möchte, kann, verbunden mit dem Wunsch nach Nebenabreden, seine Bereitschaft zur Unterschrift schriftlich erklären.

Das Vertragsmuster des Senats sieht Nebenabreden ausdrücklich vor! Die Schule darf Nebenabre-

den vereinbaren. Es mag durchaus sein, dass sich der Schulleiter zuvor im Bezirksamt absichert. Denn natürlich darf er keine Änderungen vornehmen, die zusätzliche Kosten verursachen könnten. (Das ist der Grund, warum die Forderungen nach einem Tarifvertrag weiter aktuell bleiben und nicht mit den Nachbesserungsvorschlägen für den Dienstvertrag verknüpft werden können.) Die beiden Gewerkschaftsforderungen zum § 3 und § 8 haben mit Sicherheit keinerlei finanzielle Auswirkungen.

Und wer schon unterschrieben hat? Der hat natürlich eine schwächere Position, aber verloren ist damit noch nichts. Denn auch nachträglich können Nebenabreden vereinbart werden. Auch hier gilt: Mit mehreren ist besser verhandeln. Aber notfalls kann man auch einzeln schriftlich um die Vereinbarung von Nebenabreden bitten. Besonders dort, wo einzelne Kollegen nicht unterschrieben hatten und damit Vertragsverbesserungen erreichen konnten, sollte es möglich sein, diese Verbesserungen nachträglich zukommen zu lassen.

JOURNALISMUS

Die **bundesdeutschen Presseausweise** können montags bis donnerstags von 8.30 bis 16.30 Uhr. (Tel: 030/78 80 09 29) und die **Presseausweise der IOJ jeden zweiten Dienstag im Monat** von **13 bis 15 Uhr** im Gewerkschaftshaus verlängert werden. (Tel: 030/78 80 09 34).

Journalistenstammtisch jeden vierten Montag im Monat ab 19.30 Uhr am Fuße des Berliner Verlages im Kartoffelhaus „Der Alte Fritz“ (Karl-Liebknecht Str. 29, U/S-Bahn Alexanderplatz). Nächste Termine: **25. März** und **22. April**.

AG AKTIVE ERWERBSLOSE

Der Bezirksarbeitslosen Ausschuss von ver.di Berlin trifft sich **jeden 2. und 4. Donnerstag** im Monat jeweils **um 17.30 Uhr** (bis 20.30 Uhr) im ver.di-Haus Berlin-Mitte 10179 Berlin, Engeldamm 70, meist R.301. Tel: 23121-310/ 311; Fax: -633; ehrenamtliche Sprecher Olaf Zygalsky (Tel: 782 13 34), Karin Brandt, Arno Paulus.

Die **Redaktion B.A.M.M.** (Arbeitslosenfernsehen) trifft sich **jeden Mittwoch** und die **Redaktion A.I.D.A. jeden Montag jeweils 16 Uhr** in der Medien Galerie. Im OKB (Offenen Kanal Berlin -SK8) sind die Sendungen mit Informationen rund um den Berliner Arbeitsmarkt jeden Montag ab 17 Uhr und jeden Sonntag ab 22 Uhr zu sehen.

LITERATUR

Der VS-Brandenburg lädt alle Kolleginnen und Kollegen zur Bildungsveranstaltung zum Thema **„Mensch und Natur im 21. Jahrhundert“** am **11. April um 19.00 Uhr**, in die Stadt- und Landesbibliothek Potsdam ein. Referat: Prof. Dr. Michael Suckow, Träger des alternativen Nobelpreises 1997. Gesprächsleitung: Ingrid Protze.

Der **VS-Stammtisch** findet wieder statt, und zwar an **jedem 1. Donnerstag** im Monat ab **19.00 Uhr** im „Terzomondo“, Grolmannstr. 28. (Nähe Savignyplatz). **Hilfe für Buchladen** „Am Nonnendamm“. Die Siemensstadt hat wieder einen Buchladen, allerdings mit leeren Regalen. Wer von seinen Werken Ansichtsexemplare leihweise zur Verfügung stellen möchte, bitte wenden an: Bücher am Nonnendamm, Nonnendammallee 87a, 13629 Berlin, Tel: 340 94 857

IG MEDIEN/
VER.DI
IM INTERNET

<http://www.igmedien-berlin-b.de>

**Gewerkschaftshaus
Medienfachbereich**
Dudenstrasse 10
10965 Berlin

LANDESBEZIRK

Medien Galerie

„Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland“ – eine Ausstellung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten und der IG Metall **bis zum 27. März** in der Medien Galerie.

4. März um 19.00 Uhr, Vortrag und Diskussion: „Rechtsum beim Bund – uniformiert in der Grauzone“, Ulrich Sander, Journalist, Bundessprecher der VVN-BdA, Veröffentlichungen insbesondere zum Themenbereich: Rechte Tendenzen in der Bundeswehr.

12. März um 19.00 Uhr, Vortrag und Diskussion: „Vom Aufstand der Anständigen zum Stillstand der Zuständigen?“, Prof. Dr. Kurt Pätzold, Historiker, Berlin, Forschungen und Veröffentlichungen insbesondere zur Geschichte der Judenverfolgung und -ermordung im deutschen Faschismus

20. März um 19.00 Uhr, Vortrag und Diskussion: „Immunschwäche gegen Rechts? – Gewerkschaften und Rechtsextremismus“, Prof. Dr. Richard Stöss (angefragt), Politologe, Forschung und Veröffentlichungen insbesondere zum Rechtsextremismus – eine Veranstaltung der Gewerkschafter gegen Rassismus und Faschismus.

27. März um 19.00 Uhr Finissage: „Tut was! – Strategien gegen rechts“, Dr. Ulrich Schneider Historiker, Bundessprecher der VVN-BdA, diskutiert die Thesen seines Buches.

Ausstellung: „Der Krieg begann nicht am 11. September“ Texte und fotograf. Arbeiten von Mitgliedern der Arbeiterfotografie Köln in der Medien Galerie vom **5. April bis zum 17. Mai**. Eröffnung: 5. April um 19 Uhr. Tel: 02 21/ 7 27 999; Fax: 02 21/7 32 55 88, eMail: arbeiterfotografie@t-online.de; www.arbeiterfotografie.com

SENIOREN

Seniorengruppe Funkhaus Wahlversammlung am 17. April um 13 Uhr, Saal der Leitung.

Gerhard-Eisler-Kreis: Treff am **6. März um 15 Uhr** im Funkhaus, Nalepastr. Block A, 5. Stock – Prof. Dr. Gerhard Fischer Thema: Die Stammzelle, die Ethik und die moderne Medizin. Bitte die veränderten Anfangszeiten beachten. Die **ADN-Senioren** treffen sich **am letzten Montag jedes Monats um 14 Uhr** in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstr. 203-206.

Die **„Alte-Barden-Runde“** Berlin, gegründet 1926, trifft sich **jeden zweiten und vierten Mittwoch** im Monat um **15 Uhr** im Restaurant „Alt-Tempelhof“, Alt-Tempelhof 46, 12103 Berlin.

PAPIERVERARBEITUNG

Versammlung der Fachgruppe jeden zweiten Dienstag im Monat um 16.30 Uhr im großen Saal in der Dudenstr. 10. Nächste Termine: 12. März und 9. April.

RFAVMEDIEN

Paul-Nipkow-Teleclub e.V. Treff jeden ersten Mittwoch im Monat um 17 Uhr in der MediaCity Adlershof im neuen Büro an der Agastraße: R 2 a Raum 102.

Der Berliner Kinostammtisch findet seit zwei Monaten nunmehr im **Bistro Cafe** am Arsenal, Fuggerstr. 35, 10777 Berlin (Tel: 030/214 14 77) **jeden 1. Montag ab 20 Uhr im Monat** statt.

JUGEND

Die **Medienjugend** trifft sich **jeden ersten Mittwoch im Monat um 18 Uhr** im Jugendraum des Gewerkschaftshauses.

SEMINARE

Non Profit Radio – Bildungswerk, Hörfunkschule Berlin Radiobasiskurs – Produktion einer Magazinsendung ca.18 Std., am 1., 8., 15., 25. und 26. März jeweils 18-21.30 Uhr. **Reportage** Wie funktioniert „Kino im Kopf“? – die grundlegenden Arbeitsmethoden, ca. 14 Std. 1. März 18-21.30 Uhr, 2. März 14-17.30 Uhr, 4. und 5. März jeweils 18-21.30 Uhr. **Sprechen und Moderieren**, ca. 16 Std. am 6., 7. und 8. März jeweils 18-22 Uhr sowie am 9. März 14-18 Uhr. **Gebauter Beitrag** – Grundlagen für die Produktion dieses „Mini-Features“, ca. 14 Std. am 8. März 18-21.30 Uhr, 9. März, 14-17.30 Uhr, 11. März und 12. März 18-21.30 Uhr.

Nachrichten – Die redaktionellen Grundregeln, ca. 8 Std. 15. März 17.30-21.30 Uhr, 16. März 14-18 Uhr. **Das Feature** – Produktion eines 15-Minuten-Features von der Idee bis zum fertigen Beitrag ca. 30 Std. am 18., 19. 20., 21. und 22. März jeweils 10-16.30 Uhr. **Audioschnitt** – Die Bearbeitung von Beiträgen auf Tonband, Minidisc und mit dem Computer, ca. 12 Std., 15. März., 16-22 Uhr, 16. März., 10-16 Uhr. **Radiobasiskurs** – ca. 18 Std. am 9., 12., 19., 26. und 30. April jeweils 18-21.30 Uhr. Nähere Information zu den Kursen: 030-68 30 20 90 oder unter: www.radiokurse.de.

ORTSVEREINE

Die Berliner Ortsvereine in ver.di gründen sich am **23. April um 17 Uhr** im Haus der Buchdrucker (Dudenstr.10). Alle KollegInnen, die an der Basis Gewerkschaftsarbeit machen wollen, sind herzlich eingeladen.

SCHREIBTISCH FREI

im Berliner Journalistenbüro
Manteuffelstraße, Kreuzberg
140 Euro/Monat
Tel. 030 611 34 11

Sprachrohr 2/02
erscheint am 27.4.02
Redaktionsschluss
am 28.3.02

Impressum

Sprachrohr – Informationen für ver.di Mitglieder in Berlin-Brandenburg
Herausgeber: ver.di Fachbereich 8 Medien, Kunst und Kultur, Druck und Papier, industrielle Dienste und Produktion Berlin-Brandenburg.
Redaktion: Andreas Köhn (verantwortlich). Anschrift von Herausgeber und Redaktion: Dudenstraße 10, 10965 Berlin. Tel: 78 80 09 0.
Redaktionelle Betreuung: Karin Wenk, transit berlin. pro media, Torstraße 177, 10115 Berlin, Tel.: 61 30 96 -65, Fax: 61 30 96-66.
Gestaltung, Produktion: bleifrei Medien + Kommunikation, Prinzessinnenstraße 30, 10969 Berlin, Tel: 61 39 36-0, info@bleifrei-berlin.de
Anzeigenannahme: Agentur Adolph, Waisenstraße 1, 10179 Berlin, Tel: 5 66 57 53, Fax: 5 66 57 54
Druck: Tribüne Druck-GmbH, Am Treptower Park 28-30, 1 2435 Berlin.
Auch unverlangt eingesandte Manuskripte werden sorgfältig behandelt. Sprachrohr erscheint sechsmal im Jahr, Bezugspreis 5,- Euro pro Jahr, für ver.di-Mitglieder im Beitrag enthalten.

Bitte an den /die ZustellerIn:

Wenn neue Anschrift bekannt, bitte senden an:
ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Dudenstraße 10, 10965 Berlin

Straße _____

Ort _____

Bemerkungen _____

ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Dudenstraße 10, 10965 Berlin
Postvertriebsstück, „Entgelt bezahlt“, A 11703 F

SPRACHROHR – Vertrauen Sie nicht dem Zufall!

Mitglieder des Fachbereichs 8 in ver.di bekommen in Berlin und Brandenburg das Sprachrohr alle zwei Monate zugeschickt.

Alle anderen können die Medien-Zeitung im **Abo** beziehen. Sechs Ausgaben im Jahr kosten nur 9,- DM. Bestellung bei ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Dudenstr. 10, 10965 Berlin

Förderung privater Altersvorsorge für Freie

Zeit bis Jahresende – kein Grund, aufdringlichen Werbangeboten auf den Leim zu gehen

Anfang 2001 hat die rot-grüne Bundesregierung eine Rentenreform auf den Weg gebracht. Ein Kernstück der Reform ist die neue, staatlich geförderte private Altersvorsorge, mit der die absehbare Verringerung des Niveaus der Renten aus der gesetzlichen Versicherung aufgefangen werden soll. Die staatliche Förderung erhalten jedoch nur diejenigen, die Pflichtmitglied in der gesetzlichen Rentenversicherung sind sowie Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst. Selbstständige gehen leer aus.

Für Mitglieder der Künstlersozialkasse

Dies gilt allerdings nicht für Freie, die in künstlerischen oder Medienberufen tätig sind. Sie können von der so genannten „Riester-Rente“ profitieren, sofern sie über die Künstlersozialkasse versichert sind. Die hier geleisteten Beitragszahlungen sind anteilig auch Pflichtbeiträge für die gesetzliche Rentenversicherung. Auch viele arbeitnehmerähnliche Freie, beispielsweise in Rundfunksendern oder Filmproduktionen, deren Auftraggeber Sozialversicherungsbeiträge für die Rentenversicherung bezahlen, gehören zum begünstigten Personenkreis. Damit dürfen die meisten Selbstständigen mit künstlerischem oder publizistischem Broterwerb Anspruch auf die Unterstützung haben.

Will man in den Genuss der Förderung kommen, reicht es nicht aus, pflichtversichert zu sein. Man muss vielmehr einen Altersvorsorgevertrag abgeschlossen haben,

der von einer eigens dafür eingerichteten staatlichen Zertifizierungsstelle den behördlichen Anerkennungssegen erhalten hat. Hierfür gibt es bereits ein breites Spektrum von Finanzprodukten, das in den folgenden Monaten noch erweitert wird. Während für viele Arbeitnehmer die betriebliche Altersvorsorge eine interessante Alternative zum privaten Markt sein wird, werden sich die Freien vorzugsweise zwischen privaten Rentenversicherungen, Fonds oder Banksparplänen entscheiden müssen. Für Medienberufler wird nicht zuletzt das Produkt des Presseversorgungswerkes zu prüfen sein. Abzuwarten bleibt weiterhin, ob das in Gründung befindliche „Altersversorgungswerk Medien, Druck und Papier“, das vom ver.di-Fachbereich Medien mit initiiert wurde und Angebote für Arbeitnehmer aus dem Medienbereich enthalten soll, auch Freien in Medienberufen offen stehen wird. Entsprechende Entscheidungen sind jedoch erst im Frühjahr zu erwarten.

Abwarten und genau prüfen

Generell gilt ohnehin, dass die Entscheidung für ein Anlageprodukt nicht übereilt getroffen werden muss. Die Förderung hat zwar mit dem 1. Januar 2002 begonnen. Es werden aber auch noch Verträge gefördert, die erst im Dezember 2002 abgeschlossen werden. Allerdings muss dann die volle Jahresleistung auf einen Schlag entrichtet werden. Es gibt also keinen Grund, dem (auf-

dringlichen Werben von Versicherungs- und sonstigen Vertretern nachzugeben. Stattdessen sollte man abwarten, bis man das richtige Produkt für sich gefunden hat. Sollen die vollen Zuschüsse fließen, müssen jährliche Mindestzahlungen geleistet werden. Diese ergeben sich bei KSK-Versicherten als Prozentsatz aus der bei der Künstlersozialkasse abgegebenen Einkommensschätzung für das jeweils letzte Kalenderjahr. Eventuelle Abweichungen zum Einkommenssteuerbescheid sind nicht relevant, da die Schätzungen maßgebend für die abgeführten Beiträge an die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte waren.

Auch ohne Höchstbetrag förderungs berechtigt

Anders sieht es bei denjenigen Freien aus, für die Rentenpflichtbeiträge vom Auftraggeber abgeführt werden. Bei ihnen muss der hierfür zugrunde gelegte Gesamtbetrag der beitragspflichtigen Einnahmen im zurückliegenden Jahr ermittelt werden. Die abzuführenden Beiträge betragen ab 2002 ein, ab 2004 zwei, ab 2006 drei und ab 2008 vier Prozent vom jeweiligen beitragspflichtigen Jahreseinkommen. Aber auch wer nicht den Höchstbeitrag einzahlt, bleibt förderungs berechtigt, dann allerdings mit reduzierter Zulage. Die Beitragsobergrenzen steigen von 525 € jährlich im Jahr 2002 auf 2100 € ab dem Jahr 2008.

Zunächst gibt es eine so genannte Grundzulage für die begünstigte Person. Hinzu kommt eine Kinderzulage für den kinder-

geldberechtigten Nachwuchs. Die Kinderzulage wird bei Ehepaaren grundsätzlich dem Vertrag der Mutter gutgeschrieben, es sei denn, die Eltern vereinbaren es ausdrücklich anders. Bei getrennt lebenden Eltern erhält derjenige, der das Kindergeld bezieht, auch automatisch die Kinderzulage für die „Riester-Rente“. Alternativ kann ein Sonderausgabenabzugsbetrag auf der Grundlage des Höchstbeitrages abgezogen werden. Was günstiger ist, rechnet das Finanzamt auf Antrag aus. Die Zulagen werden jeweils im Beitragsjahr des folgenden Jahres beantragt, für das Jahr 2002 also im Jahr 2003. Hierfür sendet der Anbieter des gewählten Vorsorgeproduktes ein Antragsformular zu.

Wie hoch die Rente sein wird, hängt von verschiedenen Faktoren wie Einkommensentwicklung, Versicherungsdauer, familiärer Situation und Rentabilität der gewählten Anlageform ab. Die angesparten Gelder dürfen frühestens mit dem 60. Lebensjahr in Form einer lebenslangen Zusatzrente ausgezahlt werden. Eine Auszahlung des angesparten Kapitals ist größtenteils ausgeschlossen.

Die Höhe der staatlichen Förderung lässt jedoch keine Illusionen zu. Angesichts der Tendenz, dass die staatliche Altersvorsorge zunehmend den Charakter einer Grundsicherung annimmt, kann die „Riester-Rente“ jedoch einen Teil der erforderlichen privaten Zusatzvorsorge abdecken.

Bernd Hubatscheck

Der Autor ist Freiberater für den Fachbereich Medien (individuelle kostenfreie Beratung nach Vereinbarung; Tel. 030 / 44 65 08 10).